

## National-Zeitung.

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75, für das deutsche Reich und ganz Österreich 9 M incl. der Postbeförderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

Inserate. — Die Beilagen: Morgen-Ausgabe 4-gespalten 40 S. Columnen resp. deren Theile 300 M u. i. w. Abend-Ausgabe 3-gespalten 60 S. — Beilagen 3-gespalten 1 M 50 S. — Columnen 450 M u. i. w.

## Inhalt.

Deutschland. Berlin: Aussenstände zur Entstehung des kirchenpolitischen Kampfes; Tagesbericht; aus dem Reichstage. Berliner Nachrichten. Berliner Börsenhalle u. Waaren- u. Produktenmärkte.

## \* Berlin, 28. März.

## Aussenstände zur Entstehung des kirchenpolitischen Kampfes.

Es ist bekannt, daß im Frühjahr 1871 Fürst Bismarck versuchte, durch den damaligen Geschäftsträger beim Vatikan, Grafen Tauffkirchen eine Mißbilligung der Mobilmachung des Centrums gegen die Reichsregierung seitens der Kurie zu erlangen, daß Kardinal Antonelli auch zuerst darauf einging, später aber in Folge von Einwirkungen aus Deutschland sich ablehnend verhielt. In der „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ werden eine Anzahl, auf diese Episode bezüglicher diplomatischer Schriftstücke veröffentlicht. In einem Telegramm Tauffkirchen's an den Reichskanzler vom 21. April 1871 wird ausdrücklich gemeldet, Kardinal Antonelli habe ihm erklärt, daß er „die Haltung der katholischen sogenannten Centrums-Fraktion im Reichstage als taktlos und unzeitgemäß mißbilligt und beklagt.“ Da diese Mißbilligung aber keine weitere Folge hatte, beauftragte der Kanzler den Grafen Tauffkirchen, dem Papst gegenüber durchblicken zu lassen, „daß wir sehr empfindlich in der Frage der kirchlichen Partei in Deutschland sind, welche durch ihre Bestrebungen die Autorität der Regierung mit den Mitteln und dem Beistande der Revolutionsparteien zu untergraben, die deutsche Reichsregierung zu Vertheilungsmäßigkeiten bewegen kann, die den diesseitigen Symptomen für die Person des Papstes zuwiderlaufen.“ Aus den weiteren Berichten Tauffkirchen's ergibt sich dann, daß Kardinal Antonelli „zurückhaltender mit seinem Urtheil über das Verhalten der kirchlichen Partei“ wurde. Der heilige Stuhl, erklärte er, habe sich niemals in die politische Haltung der katholischen Unterthanen anderer Staaten gemischt, wogegen ihm auch durchaus keine Befugnis zustehe. Er, Antonelli, habe daher auch, so oft solche Aufforderungen an ihn gelangten, wie von England wegen Irland, von Rußland wegen Polen, von Oesterreich wegen Ungarn, dieselben jedesmal abgelehnt. Es existire keine Zeile, welche irgend eine solche Gemüthsregung von seiner Seite nachweisen könnte. So auch jetzt in Deutschland. Er habe weder das Recht noch die Absicht, den dortigen Katholiken bezüglich ihrer politischen Haltung Weisungen zu ertheilen. „Ich glaube, so schließt der Geschäftsträger diesen Bericht, daß Antonelli es auch in Deutschland an Rathschlägen und Mahnungen zu größerer Mäßigung nicht fehlen läßt, daß aber dort die aus dem Generalordensbuche der Jesuiten kommenden Weisungen oft schwerer wiegen mögen als die des Papstthums.“ — Von besonderem Interesse ist folgender Erlaß des Reichskanzlers an den Grafen Tauffkirchen vom 30. Juni 1871:

„Euer Hochgeboren erwähnen in dem obigen Bericht vom 21. Juni über Ihre Audienz bei Seiner Heiligkeit die Bemerkungen, welche der Papst Ihnen über die aus dem Kommunismus der Gesellschaft drohenden Gefahren gemacht hat. Wir sind nicht blind gegen diese Gefahren und erkennen die Aufgabe der Regierung, ihnen entgegenzutreten; um so mehr aber müssen wir bedauern, daß wir darin nicht nur nicht unterstützt werden von der katholischen Kirche und ihren Organen, sondern daß gerade die kirchliche Partei, welche sich vorzugsweise als die kirchliche und päpstliche bezeichnet und deren Abgesandte durchgehend unter der entscheidenden Mitwirkung der Geistlichen gewählt worden sind, nur dazu beitragen, diese Gefahren zu steigern und den Regierungen ihre Aufgabe zu erschweren.“

Wenn die Regierungen früher hoffen mochten, wenigstens an den besseren Elementen dieser Partei, welche sich konservativ nannten und sich als Vertheiliger der sozialen Ordnung gerieten, eine Unterstützung zu finden, so hat das Auftreten derselben in der letzten Zeit in den einzelnen Ländern sowohl wie im Reichstage, in der ganz von der Geistlichkeit beherrschten Fraktion des Centrums ihnen die Augen darüber öffnen müssen, daß sie innerhalb derselben keine aufrichtigen Freunde und keine Bundesgenossen finden dürfen. Ich will über die Motive und Gesinnungen der Einzelnen nicht urtheilen; als Ganzes aber hat das Verhalten der Fraktion nur dazu beigetragen, die subversiven, aller Autorität der Regierung feindsinnigen Tendenzen zu verstärken und zu fördern. Ich muß es leider für vollkommen bedeutungslos erklären, wenn Euer Hochgeboren in Ihrem anderweiten Bericht vom 23. Juni insinuiert, daß der Kardinal Antonelli persönlich dem Bismarck die sogenannten Schwarzen mit den Rothen sich wider erklärt; denn ich fürchte, daß er nicht überall dieselbe Sprache spricht, sondern es mit keiner Partei verdecken möchte; und wenn, wie Euer Hochgeboren eben dort bemerkt, ein anderer Einfluß mächtiger ist, als der seine, so sind wir durch alle seine Erklärungen oder persönlichen Ansichten um nichts gebessert.

Dieser Einfluß wirkt überall dahin, die Autorität der Regierung zu untergraben. Wir begegnen diesem Einflusse überall als einem Gegener der Regierungen und dies namentlich in Preußen, wo nach dem oft wiederholten Zeugnis des Papstes selbst die katholische Kirche eine freiere und bessere Stellung hat, als in irgend einem Lande der Welt, und nach eben diesem Zeugnis gerade die Dynastie nicht aufrecht hat, der Kirche und dem Papst selbst das freundlichste Wohlwollen zu beweisen. Ungeachtet dieses Auerkennnisses geht die Tendenz jenes geistlichen Einflusses auf die unteren Volksstufen dahin, der Dynastie und der Regierung die Sympathien der katholischen Bevölkerung, welche doch die wohlthätige Fürsorge derselben in allen ihren kirchlichen und religiösen Interessen empfindet, zu entziehen. Es ist nicht anders in den übrigen deutschen Staaten, in denen der Klerus zum Theil in offene Opposition gegen die wohlwollenden Regierungen tritt und Hand in Hand geht, damit eine nicht minder tendenziöse Opposition gegen die nationale Sache, welche sich bald mit den partikularistischen, bald mit den demokratischen, aller nationalen Politik feindsinnigen Elementen und Tendenzen verbindet.

Wenn dieser Einfluß mächtiger ist, als die persönlichen Gesinnungen des Kardinals und des Papstes selbst, welcher Letztere wiederholt Sympathien für die nationale Sache des Deutschen Reiches ausgesprochen hat, wird er doch im Namen des Papstes geübt und so ist es dieser Einfluß, um dem wir zu rechnen und nach welchem wir unsere Stellung zu der Kirche und zu ihren Organen, welche unter ihm stehen, zu richten haben. Wenn die Partei die Kirche beherrscht, so ist es eben nicht anders möglich, als daß die Kirche darunter leidet.

Wir sehen in dem Gebahren dieser Partei die Gefahr für die Kirche und den Papst selbst; das Bündnis der Schwarzen mit der rothen Partei, welches der Kardinal Antonelli mißbilligt, hat sich an vielen Punkten als eine vollendete Thatsache gezeigt; ist es doch selbst im Reichstage durch den Versuch der Einführung der Grundrechte offen zu Tage getreten. Daß gerade in diesem Bündnis für die Kirche selbst eine Gefahr liegt, und was sie von solchen Bundesgenossen zu erwarten hat, darüber hätten ihr die neuesten Ereignisse in Paris die Augen öffnen können. Aber man scheint sich in Rom darüber zu täuschen, sonst hätte man

mohl kaum Anstand genommen, die Mißbilligung, welche der Kardinal Ihnen gegenüber ausgesprochen hat, auch öffentlich kund werden zu lassen. Daß die Einwirkungen der fanatischen Partei in Rom nicht auf einen unfruchtbaren Boden fallen, zeigt dasjenige, was Euer Hochgeboren selbst über die referirte Haltung des Kardinals Antonelli Ihnen gegenüber sagten; ich kann dieselbe, wie ich Ihnen bereits telegraphisch angedeutet habe, nur der Einwirkung der Partei zuschreiben, welche den Fürsten von Loosenstein-Peubach nach Rom geschickt hat, um dort sich selbst zu rechtfertigen und vermuthlich im Vatikan mit den Folgen einer Desavouierung geradezu zu drohen.

Diese aggressive Tendenz der die Kirche beherrschenden Partei nöthigt uns zur Abwehr, in welcher wir nur unsere eigene Vertheidigung finden, die wir aber mit allem Ernst mit den uns an Gebote stehenden Mitteln durchzuführen müssen. Kann man sich im Vatikan entschließen, mit der regierungsfreundlichen Partei zu brechen und ihre Angriffe auf uns zu verhindern, so wird uns das nur erwünscht sein, kann oder will man das nicht, so lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab. (gez.) von Bismarck.“

Hierauf meldet Graf Tauffkirchen telegraphisch unter dem 22. Juni:

„Auf meine Aufforderung im Sinne des letzten Satzes, antwortete Kardinal Antonelli entschieden ablehnend und wiederholte die bestimmte Versicherung, daß die Kurie Grundsatz auf die politische Haltung der kirchlichen Partei in Deutschland niemals geübt habe und niemals üben werde.“

Mit einer weiteren Ausführung dieser Meldung durch einen schriftlichen Bericht endet die Veröffentlichung; die Schlüsse dieses Berichtes lauten:

„Ich glaube, daß es mir gelungen ist, den Kardinal zu überzeugen, daß diese Parteienströmungen (des Centrums) allerdings nicht der Vorwand, sondern die wahre und wesentliche Ursache der Entschliessungen Seiner Majestät des Kaisers und Königs in der römischen sowohl als in der inneren religiösen Frage sei. Worauf jedoch beschränkt sich mein Erfolg. Der Kardinal bekennt sich zu Bethenurnen, die nicht in seiner Gewohnheit liegen, daß irgend durch den Papst auf die Entschlüsse der Partei gewirkt worden sei.“

Die Veröffentlichung dieser Schriftstücke ist wohl bestimmt, die Darlegung des Fürsten Bismarck im Herrenhause über die Motive, welche ihn zum Beginn des kirchenpolitischen Kampfes veranlaßten, weiter auszuführen; es soll daraus gefolgert werden, daß die jetzt im Vatikan herrschende Auffassung, welche von der von 1871 so verschieden ist, auch eine veränderte kirchenpolitische Haltung in Preußen rechtfertigt. Zudem wenn dies für den Reichskanzler zutreffen mag, so doch nicht für diejenigen Parteien im Parlament und in der Bevölkerung, welche die kaiserlichen Gesetze unterstützen. Es geschah dies nicht darum, weil Pius IX. und Antonelli 1871 die oben gekennzeichnete Haltung beobachteten, sondern weil diese Parteien die dauernde Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staate und der katholischen Kirche zur Verhütung von Ueberrufen der letzteren grundsätzlich für notwendig hielten.

Aus Köln meldet die „E. Z. C.“: Die „Kölnische Ztg.“ bringt eine gestern stattgehabte Unterredung ihres Berichterstatters mit dem päpstlichen Abgesandten Monsignore Salimbetti, in welcher derselbe sich dahin äußerte, daß mit der Annahme der gegenwärtig vorliegenden kirchenpolitischen Novelle sich die Vereinigung des Kulturkampfes mit der Abkehr des Jenseitens zwischen Preußen und der Kurie vollziehe. Den Führern des Centrums sei diese Auffassung kundgegeben.

Das italienische Ministerium des Auswärtigen veröffentlicht einen Bericht des Generals Gens an den Grafen Reibant, aus welchem hervorgeht, daß Ersterer Ras Mula 800 Gewehre übergeben habe, in der Hoffnung, hierdurch die Expedition Salimbetti befreien zu können. Die Mitglieder der Expedition hätten erklärt, Ras Mula habe geschworen sie freizulassen, wenn Gens das von ihm verlangte übergeben würde. Aus den Erklärungen Piano's, eines Mitgliedes der Expedition, geht hervor, daß Ras Mula vor seinen Unterführern erklärt habe, der Negus mißbillige sein Verhalten und wünsche Frieden um jeden Preis, gleich wie er Ras Mula selbst; auch fürchteten sich nach Aussage Piano's die abessynischen Führer vor einem Kriege mit Itallien; insbesondere beforchte Ras Mula, daß der König von Schoa, Menelik, mit den Italienern sich vereinige.

Der „Politischen Korr.“ wird aus Sofia gemeldet: Die rumänische Regierung und die Pforte benachrichtigten die hiesige Regierung, daß sich in Reni bewaffnete Banden organisierten, um in Bulgarien einzufallen. Reni liegt an der Donau, östlich der Pruth-Mündung, auf russischem Gebiete. Die Wichtigkeit der Nachricht vorausgesetzt, ist es ebenso bedenklich, daß die bulgarischen Vorbereitungen zu bewaffnetem Einfall in Bulgarien auf russischem Boden getroffen werden, wie der andere Umstand, daß die rumänische und die türkische Regierung es sind, welche die bulgarische Regiererschaft darauf aufmerksam machen.

Sehr unzufrieden scheint man denn auch in Petersburg gegenwärtig mit der Haltung der Pforte zu sein. Wie der „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel gemeldet wird, hießt die vom russischen Botschafter, Herrn v. Reibow, dringend angeforderte Audienz beim Sultan, welche nach einmaliger Verschiebung am 21. März stattfand, den Gegenstand lebhafter Kommentare. Es wird berichtet, daß Herr von Reibow dem Sultan gegenüber betont habe, die Mission Riza Bey's in Sofia habe keine Existenzberechtigung mehr, und es erscheine nunmehr als geboten, denselben abzurufen. Welsch wird sogar behauptet, daß der russische Botschafter dem Sultan gegenüber seine Unzufriedenheit mit der Politik des gegenwärtigen türkischen Kabinetts ausgedrückt habe. Mit dieser Unzufriedenheit dürfte es auch im Zusammenhang stehen, wenn die Pforte am 1. März von Herrn v. Reibow in recht unfreundlicher Form aufgefordert wurde, die Bezahlung der Rückstände der Kriegsschuldung an Rußland endlich zu bewerkstelligen. Es könne nur am guten Willen fehlen, denn die asiatischen Ernten, auf deren Hecht die russischen Forderungen angewiesen seien, seien sehr günstig ausgefallen, und die Pforte habe sich nicht auf, für Rechnung des Kriegs- und Marine-Ministeriums beträchtliche Bestellungen im Ausland zu machen, deren baar erfolgte Bezahlung allein in den letzten zwei Monaten um ein Bedeutendes die Höhe jener Summen übersteigt, die der russischen Regierung geschuldet werden. Die Verpflichtungen der Türkei gegen Rußland, welche aus dem Friedensvertrage herrühren, durch den der letzte Krieg endgültig abgeschlossen wurde, seien aber derartige, daß auf deren Erfüllung die türkische Regierung am gewissenhaftesten bedacht sein sollte.

Wir erhalten folgendes Telegramm:

Dankreife, 28. März. Freischauersammlungen in Rent be-  
stehen sich und dauern fort.  
(Privattelegr. der „National-Zeitung“.)

Nicht ohne Bewegung kann man die Antwort lesen, welche dem heutigen russischen „Regierungs-Anzeiger“ zufolge der Zar auf die ihm von der Petersburger Universität überreichte Gesandtschafts-Adresse ertheilt hat; die aus ihr herausfließende schmerzliche Resignation ist unverkennbar. Die Antwort hat folgenden Wortlaut:

„Ich danke der Universität und hoffe, daß sie durch die That und nicht bloß auf dem Papier ihre Ergebenheit beweisen und sich bemühen wird, den schweren Eindruck zu verwischen, welchen die Vertheilung der Studenten an dem jüngsten verheerenden Blau auf sie ausgeübt hat. Möge Gott die Universität zu allem Guten segnen.“

Bereits zu wiederholten Malen fühlten sich Mitglieder des französischen Ministeriums veranlaßt, von ihrem Kollegen, dem Kriegsminister, „abzurufen“, sobald derselbe eine seiner zahlreichen Maßregeln getroffen hatte. Dies geschieht auch jetzt wieder aus Anlaß der „Entlassung eines Beamten des Kriegsministeriums wegen eines schweren Vergehens gegen seine Berufspflichten.“ Da in dieser Hinsicht gemeldet worden war, daß der Konseilspräsident Goblet und der Minister des Auswärtigen Rouvier intervenirt hätten, veröffentlicht die offizielle „Agence Havas“ ein Document, welches beweist, daß der Fall selbst nicht sehr klar ist. Die Agentur erklärt nämlich, daß der Kriegsminister allein den Beschluß gefaßt habe. General Boulanger läßt bekanntlich mit besonderer Vorliebe die patriotische Rote ausklingen, wie er denn auch in dem jenseitigen Anlaß des Todes des früheren Kriegsministers, Generals Fauré, an dessen Wittve gerichteten Beileidschreiben versichert, daß er nicht denjenigen vergesse, „welcher in den unglücklichen Jahren von 1870—71 den kommandirenden General der Nord-Armee bei der Vertheidigung dieses Theils des besetzten Landesgebietes so mächtig unterstützt hat.“ Der Kriegsminister weiß sehr wohl, daß ihm ein Theil der Bevölkerung derartige Reminiscenzen sehr anstößt. Kommt die Stellung des Generals Boulanger als Minister der Kriegssache mit der Anerkennung der Kämpfe als Minister der Kriegssache her fallen, so meldet unser Pariser Korrespondent nunmehr, daß zunächst ein parlamentarischer Sturm gegen das Kabinet überhaupt nicht zu erwarten steht. Die beifällige Mittheilung lautet:

○ Paris, 27. März, Abends. Sammelte republikanische Fraktionen haben beschlossen, die in der nächsten Woche in der Kammer zur Diskussion gelangende Kreditforderung des Finanzministers sowie diejenige des Bauministers, welche bei der Budgetdebatte verworfen wurden, zu bewilligen, um vor den Oesterreichern eine Ministerkrise zu vermeiden. Die Opponenten wollen ihr Votum ausdrücklich als kein Vertrauensvotum motiviren.

(Privattelegraph der „National-Zeitung“.)

Man schreibt uns aus Paris: „Mehrere Journale hatten heute dem Petersburger Hochblatte „Die neue Zeit“ eine ausführliche Unterredung seines Pariser Korrespondenten mit dem Minister des Aussen, Herrn Rouvier, entnommen, die so eigenenthümliche Mittheilung: „Aber die obelastische Situation mit über die Beziehungen Frankreichs zu Rußland sowie zu Deutschland enthielt, daß eine Verständigung eigentlich kaum notwendig gewesen wäre. Rouvier hat es aber doch für angemessen erachtet, durch eine „Gobas“-Note erklären zu lassen, daß die ihm von dem Korrespondenten in den Mund gelegten Versicherungen ungenau seien. Die von den „Rußen“ hier seit einiger Zeit betriebene Press-Agitation dürfte, wenn ihr nicht bald Einhalt geschieht, noch zu ganz anderen Mißverständnissen führen.“

Aus Frankfurt am Main, 26. März, wird uns geschrieben: „Der gestern unter Marklin's und B. Rapp's Leitung hier versammelte Vorstand des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke beschloß die diesjährige große Herbstversammlung im September zu Darmstadt abzuhalten, wozu Oberbürgermeister Ohly persönlich einlud. Am Vorabend wird ihr wieder, wie voriges Jahr in Hamburg mit gutem Erfolg, eine Besprechung über die Mittel örtlicher Agitation vorausgehen. Öffentlich verhandelt soll werden über die Entmündigung und Zwangsheilung gemeingefährlich werdender Trinker, Bestrafung argwührender Trunkenheit u. s. f., worüber schon 1885 in Dresden der verstorbene berühmte Kriminalist von Schwarze berichtet, jetzt voranschreitend ein Mitglied der ständigen Deputation des deutschen Juristentages, Senatspräsident v. Stöper aus Karlsruhe, berichtet wird; und darüber, wie in Ernährung, Wohn- und Lebensweise des Volks der Trunksucht entgegenzuwirken werden könne. Unter den sonst erörterten Angelegenheiten war eine Maßregel für den nun ja glücklicherweise zurückgebliebenen Fall des Krieges, Erneuerung früherer Eingaben an die gesetzgebenden Gewalten, Verhältnisse zu anderen Vereinen, unter denen das zu dem deutschen Werkmeister-Verband besonders fruchtbar zu werden verspricht, und über eine herauszugebende Volkschrift mit Holzschritten. Am Abend vorher war in Marburg ein kurfürstlicher Provinzialtag für die Woche vor Pfingsten verabredet worden, und heute werden in Wiesbaden Bürgermeister Klöpfer aus Kassel und A. Lammers aus Bremen, der Geschäftsführer des Vereins, zu dem dortigen Bezirksverein sprechen.“

Nach uns zukommenden Nachrichten aus St. Petersburg, die bis Sonnabend Abend reichen, war bis zu jenem Zeitpunkt von einer „Verwarnung“ Kattows, welche einzelne Zeitungen meldeten, authentisch nichts bekannt. Der „Herold“, welcher offiziöse Verbindungen pflegt, schreibt:

„Die Moskowskaja Wedomosti“ des Herrn Kattow bringen heute ausführlich den letzten Regierungskommunikations einen Artikel, der uns stark vor Entsetzen löst. Unser Blatt ist nun nicht dazu da, derartigen frechen Glorifikationen, gerichtet gegen eine Kundgebung unserer Regierung, eines eifrigen, gebildeten Journalisten, der sich einbildet, daß das wahre Rußland lediglich in seiner begünstigten Person verkörpert sei, und eine weitere Verbreitung zu geben. Hochmuth kommt vor dem Fall.“

In dem Wiener Anarchistenprozeß wurde heute das Urtheil gefällt; es wurden 13 Angeklagte zu schwerem Kerker von 1 bis 20 Jahren verurtheilt, ein Angeklagter wurde freigesprochen.

Zu den vielen Schwierigkeiten, welche auf dem Wege der Erneuerung des österreichisch-ungarischen Ausgleichs liegen, gehört auch die Bemessung der von jeder Reichshälfte für die gemeinsamen Lasten beizutragenden Quoten. Gegenwärtig stehen sich die cis- und transleithanische Auffassung schroff gegenüber.



Die österreichische Quoten-Deputation hat am Donnerstags ihre Arbeiten vorläufig beendet. Sie verlangt die Beibehaltung des bisherigen Präzipiums von zwei Prozent für die Militärgrünze zu Lasten Ungarns und die Aufhebung des Restes im Verhältnis von 66 : 34. Wenn man dem die Forderung entgegenhält, welche die ungarische Quoten-Deputation in ihrem Plutium vom 21. Februar d. J. aufgestellt hat, daß nämlich das Präzipium zu Lasten der Militärgrünze gänzlich zu entfallen habe und die Militärgrünze einfach im Verhältnis von 30 : 70 festzustellen seien, so erkennt man, daß sich die beiderseitigen Forderungen weit voneinander entfernen. Die ungarische Quoten-Deputation verlangt eine Ermäßigung des bisherigen Beitrags Ungarns, welche, auf das letzte gemeinsame Budget angewandt, über 11½ Millionen betragen würde, die österreichische Quoten-Deputation hingegen fordert eine Herabsetzung der bisherigen Leistung der diesseitigen Reichshälfte, indem Österreich von dem nach Abzug des Präzipiums verbleibenden Reste um vier Prozent weniger zahlen solle als bisher. Wenn man das Zweiprozentige Präzipium auf das gemeinsame Gesamtunterfordernis umrechnet, so hat Oesterreich bisher 68,6 Proz. des letzteren bestritten; nach dem ungarischen Plutium soll es aber 70 Proz., nach dem österreichischen 64,68 Proz. leisten. Es wird lange währen, bis eine Vereinigung der Standpunkte erzielt werden wird, und die Meldung, daß eine provisorische Verlängerung des Quoten-gesetzes platzgreifen soll, gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit.

### Amerika.

Der Bürgermeister von Chicago, Carter Harrison, lehnt eine Wiederwahl ab. Er schreibt: „Ich bin 62 Jahre alt und kann in diesem Amte keine neuen Ehren gewinnen, während ich die erworbenen vielleicht verlieren könnte. Ich fürchte, daß wir furchtbaren Zeiten in Chicago in den nächsten beiden Jahren entgegengehen. Sollte der oberste Gerichtshof den Anarchisten einen neuen Prozeß bewilligen, so würde keine Jury aufzutreiben sein. Diese Leute würden dann sagen, daß ihre Handlungen eine Rechtfertigung erhalten haben, und würden Störungen verursachen. Werden sie gehängt, so kann es zu blutigen Unruhen kommen.“

### Parlamentarisches.

Im II. oldenburgischen Wahlkreise (Seber-Bates-Brake) ist das Resultat der Wahl: v. Thünen (nat.-lib.) 6680, Träger (deutsch-freil.) 6720, der Sozialdemokrat 992 Stimmen. 4 kleinere Bezirke fehlen. Die Stichwahl ist unvermeidlich.

### Parlamentarisches Festessen zu Ehren Gneiss.

Zur Nachfeier des 70. Geburtstages Rudolf Gneiss, welcher bekanntlich in die Zeit der parlamentarischen Kämpfe fiel, hatten die national-liberalen Fraktionen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses am Sonntag im großen Saale des Kaiserhofes ein Festessen veranstaltet, an welchem, um ihrer Verehrung für Gneiss Ausdruck zu geben, auch eine Anzahl hervorragender Mitglieder der konservativen Fraktionen Theil nahmen, u. A. die Herren v. Rauchhaupt, v. Seydewitz, v. Jellisch, v. Kiedemann (Saubert), Stengel, v. Kiedemann (Wohl) u. Herr v. Wenda ergrüßte die Reihe der Ansprachen, indem er folgende Adresse der national-liberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses an Gneiss las:

„Hochverehrter Herr und Kollege! Unsere warme freundschaftliche Greeting macht es uns zur Herzenssache, uns an Ihrem siebenzigsten Geburtstage an die Glückwünsche Ihrer im Besitze ihres jugendlichen Familienhauptes beglückten Angehörigen in vorbreiter Reihe mit Dank und Gnuß anzuschließen. Was unser Rudolf Gneiss als Lehrer an der ersten deutschen Hochschule für die Herangehuhene einer mit weitem Wissen ausgestatteten Jugend ertracht und erreicht hat, was er in klassischen Werken für Erziehung und Vorbereitung konstitutioneller Staatslehre und für praktische Staatskunst geleistet hat; wie sein umfassendes und verständnisvolles Wirken allen berechtigten Zielen und Bestrebungen der Nation auf idealen und wirtschaftlichen Gebieten stets uneingeschränkt und opfermüthig angehört hat und noch heute leidend, anreißend, fördernd und mitarbeitend angehört — das Alles ist in die Ehrenrolle der zeitgeschichtlichen Geschichte eingetragen! Als Vertreter der national-liberalen Partei, welche seit ihrem Bestehen in Ihnen, verehrter Herr und Freund, einen bewährten Führer besitzt, rufen wir Ihnen mit Stolz und freudiger Hoffnung zu: Trotz des Alters gilt und gilt Ihnen an Muth und Arbeit, aber auch an Erfolge reiches Leben noch lange nicht als abgeschlossen. Müthig und wohl erhalten an Leib und Seele, stets Meister des Wortes in Rede und Schrift, Eigner eines staatsmännischen Wissens und Könnens wie wenige Erwählte, — so wolle Sie ein gütiges Geschick noch lange Jahre unter uns walten lassen zum Segen für Sie, zum Glück für die Ihrigen, zum Besten Ihrer alten und Ihnen stets treuen Partei und zu unseres ganzen deutschen und preussischen Vaterlandes Heil und Ruhm!“

Professor Gneiss erwiderte: „Ich würde mich glücklich schätzen, wenn ich mir sagen dürfte, daß ich die hochzuverdienende Anerkennung, die Sie mir zu Theil werden lassen, verdient hätte. Lassen Sie mich offen bekennen, was mich in dem Lauf eines halben Jahrhunderts in meinem politischen Wirken geleitet hat, und Sie werden mir wenigstens Ihr nachsichtiges Wohlwollen erhalten. Meine Studententzeit fiel in die Periode der heftigsten Demagogien, Verfolgungen und hinterließ bei mir naturgemäß auch etwas von den Einbrüchen, welche solche auf die studierten Klassen überhaupt üben. Mein vierzigjähriges Referendariat führte mich in die Nähe eines zeitenden Staatsmannes und zeigte mir in dem inneren Getriebe der Staatsleitung ein Bild der Stöckung und Erstarrung, in dem sich die latente Kraft des deutschen Volksgesistes unumgänglich erkennen ließ. Dagegen fallen in die Periode von 1840—48 meine „Reinjahre“. Der edle Geist Friedrich Wilhelm des IV., seine begabte Persönlichkeit, seine idealen Lebensanschauungen weckten den schlummernden Volksgesist. Aber wie sie selbst doch im Widerspruch mit der neugebildeten Gesellschaft stand, so erschien mir der Zwiespalt zwischen unserer realen Beamtenschaft und den konstitutionellen Idealen der Weltbildeten in seiner ganzen Größe, deren Lösung ich im Ausland suchte, in meinen Wanderjahren nach Frankreich, England, Italien. Statt des erwarteten Ideals fand ich aber dort die gesellschaftlichen Gegensätze bereits in Fluß, die Fehlschläge zwischen Kapital und Arbeit, die Gegensätze agrarischer, Schulzoll- und Handels-Interessen, die kirchlichen Gegensätze und andere. Ich lernte die Selbstschauungen der Demokratie allzu früh kennen, um ihren Glauben zu theilen. Das Jahr 1848 enthielt für mich daher wohl begründet keine Ueberraschung. Ich besah nicht mehr die Unbefangtheit, um mit freiem Muth den Wogen der Volksbewegung zu folgen. Mir erschien die Aufrichtung einer deutschen Verfassung durch drei konstituierende Versammlungen, die sich jede als das Ganze ansehe, so unmöglich, daß ich ein Parlamentarismusbündel wiederholt entworfen ablehnte und die Selbstschauungen der Volksbewegung mit einem Svott verfolgt habe, den mir die Demokratie nie verziehen hat. Aber den Glauben an die Lösung durch den monarchischen konstitutionellen Staat habe ich auch unter den greulichsten barometrischen Veränderungen jener Zeit niemals verloren. Die Reaktionsperiode von 1850 bis 58, in welcher der Idealismus Friedrich Wilhelm des IV. auch die konservative Partei nicht in die rechten Bahnen zu lenken wußte, ist für mich zur Zeit der „Wanderjahre“ geworden, in welcher ich die Grundlagen und Lebensbedingungen der konstitutionellen Monarchie in England erkennen lernte, die französischen Gegensätze dazu, und die Früchte unserer konstitutionellen Doktrin, ihre stetige Verewerthung eines sogenannten Budgetrechts mit dem Steuerbewilligungsrecht, ihre stetigen Verewerthungen von thätigkeitsrechtlichen Machtverhältnissen mit staatlichen Rechtsgrundlagen. Erst in dieser Zeit ist mir die Bedeutung der Monarchie zum vollen Bewußtsein gekommen. Ebenfalls erhielt ich in der Periode von 1858 bis 66 die freundliche Gewährung, daß mit dem persönlichen Eintritten des Prinzregenten unter der Leitung der Monarchie die konstitutionelle Staatsform mit aktionsfähigen Parteien in Gang komme, daß

die Fühlung zwischen Krone und Volkserkennung, die Wechselwirkung zwischen Verfassung und Volkswille in Gang komme. Freudig habe ich mich damals um ein Parlamentarismusbündel beworben, freudig mitgearbeitet, bis nach wenigen Jahren noch einmal die spärlichen Gegenstände sich zum Verfassungsbündel zu schloßen. Die stärksten Reminiscenzen des Absolutismus, mit ihrer Verewerthung des Kriegsherrn mit dem Gesetzgeber, die stärksten Reminiscenzen der Demokratie mit ihrer Verewerthung von Budget- und Steuerbewilligungsrechten in einer Weise auf einander, daß der damaligen liegende staatsrechtliche Standpunkt nur von einer Minorität vertreten und von Wenigen verstanden wurde, ja noch heute schwer verstanden wird. In dem schmerzlichen Kampf, den die Minorität damals nach Außen gegen die Minister, nach Innen gegen die Konstitutionalpartei zu führen hatte, haben Volkserkennung und Reichthum ihre Schuldigkeit gethan, wie dies eine spätere Zeit bei ruhiger Würdigung der staatsrechtlichen Verhältnisse anerkennen wird. Die glückliche Lösung des Konflikts durch die deutsche Bundesverfassung gab mir noch einmal die Möglichkeit, in dem fruchtbaren Jahrgang von 1866—1876 mit ganzem und vollem Herzen mich an dem inneren Ausbau der Verfassung zu betheiligen. Wenn ich dabei abwechselnd möglichst zurückhaltend auch da mich verhalten habe, wo ich wie bei den Verwaltungs-Reformen näher betheiligt war, so beruhte dies auf den Erfahrungen, die ich mit unseren Verfassungsreformen gemacht habe; nämlich auf der Erfahrung, daß bei allgemeinem Stimmrecht die Wissenschaft sich mit einer stillschweigenden mittelbaren Wirksamkeit begnügen muß, daß die neuen Ideen die nötige Aktionsfähigkeit nur finden, wo sie von leitenden Staatsmännern und Volkserkennern als ihre eigenen Ideen vertreten werden. In dem letzten Jahrzehnt sind endlich die gesellschaftlichen Gegensätze der Ackerbau-, Handels- und Industrieinteressen, die Gegensätze von Kapital und Arbeit, die kirchlichen Gegensätze und andere, welche das deutsche Volksleben in sich trägt, ungefähr so in Wirksamkeit getreten, wie ich sie in meinen Vorlesungen der fünfziger Jahre darzulegen versucht hatte. Ich habe mich in der Zeitfolge des Eintretens gefreut, weil sie durch die größeren politischen Gegensätze überstrahlt und aufgehoben waren — zum Segen Deutschlands, wo wir heute freudig anerkennen müssen. Aber die lebensfähige Gestalt unserer heutigen Verfassung wird die allmähliche Ueberwindung derselben ermöglichen, die weder der Absolutismus noch die Demokratie hätten lösen können. Die monarchisch-konstitutionelle Verfassung allein besitzt die für die deutschen Verhältnisse dazu nötige Kraft. Nicht unsere Parteien halten die Monarchie, sondern die Monarchie hat bei uns die liberalen und konservativen Parteistellungen zu leiten und zu führen, um die noch vorhandenen intransigenten Gegensätze zu überwinden. Wir als Partei sind in der glücklichen Lage, die nationalen Aufgaben zu vertreten, welche Lebensbedingung des heutigen Reichs geworden sind, die liberale Richtung, welche das Lebenselement der neugebildeten Gesellschaft darstellt. Darum lassen Sie uns vertrauen der Monarchie, die uns in entscheidenden Momenten stets richtig geleitet, dem Volksgesist, der im entscheidenden Moment doch das Rechte gewahrt, der Vorlesung, deren Stand sichtbar und unabgänglich über uns gemalt hat, und erhalten Sie mir das nachsichtige Wohlwollen für mein Mitwirken im Dienst des Vaterlandes und der Partei. Wenn ich in der Periode des Interessenstreits mich zurückhaltend betheilige, so beruht dies nicht auf einem Mangel an Eifer und gutem Willen, sondern auf dem Respekt vor der Nothwendigkeit einer festen Parteidisziplin, ohne welche die wirksame Thätigkeit im Parlamentarismus unmöglich ist.“

Dr. Miquel begrüßte dann in einem Eindruckspruch die Gäste aus den beiden konservativen Fraktionen, in deren Namen Herr v. Rauchhaupt antwortete. Aus der großen Anzahl der folgenden Toasts heben wir die von Dr. Meier (Jena) auf die befreundete Presse, von Herr v. Jellisch „als Schleier“ auf den anwesenden Professor Miquel aus Breslau, von Herrn v. Wenda auf denungen und Miquel hervor.

### Deutscher Reichstag.

16. Sitzung vom 28. März.

11 Uhr. Am Bundesrathstische: von Büttcher, Dr. von Schelling, Dr. Jacobi, von Bronsart, Dr. v. Stephan u. A.

Das Haus tritt in die dritte Sitzung des Etats. Eine Generaldebatte findet statt. In der Spezialdiskussion beim Etat des auswärtigen Amtes kommt Abg. Lingen auf die Annahmen gewisser Blätter zurück, durch welche junge Mädchen zur Auswanderung verleitet werden, und bittet unter beständiger Demagogie auf die Verhältnisse in einem holländischen Hafen die Reichsregierung durch Konsulbeamte oder andere Autoritäten davon in Kenntis zu setzen und Wandel zu schaffen zu wollen. Gegen die Verbreitung solcher Annahmen im Inlande könne ja durch die Staatsanwaltschaft auf Grund des Strafgesetzbuches vorgegangen werden.

Multiserialdirektor Selkowitz erwidert, daß das auswärtige Amt auf alle solche Annahmen hin stets sorgfältige Nachforschungen gepflogen habe. Die Konsuln seien angewiesen, gegen solche Verleumdungen vorzugehen, und hätten überall die Unterstützung der Polizeibehörden gefunden. Was die Verfolgung im Inlande betreffe, so stelle sich in der Regel die Schwierigkeit heraus, den Beweis zu führen, auch sei in vielen anderen Fällen nachgewiesen worden, daß die Verleumdungen sehr wohl gewußt hätten, welchen Verhältnissen sie entgegenstünden. Das auswärtige Amt werde stets dankbar sein für hierauf bezügliche Mittheilungen und werde dieselben auf sorgfältigste verfolgen.

Abg. Dr. Lingen dankt für diese Aussage und überreicht dem auswärtigen Amt Material, das demselben Gelegenheit geben würde, in erzieherischer Weise vorzugehen, um die Ehre des Reichs und die Sitte der Reichsangehörigen zu schützen.

Der Etat wird hierauf genehmigt. Beim Reichsamt des Innern spricht Abg. Dr. Lingen Namens seiner politischen Freunde den Wunsch aus, von der auf Anregung des vorigen Reichstages gewählten Form des Generalberichts über die Thätigkeit der Fabrikinspektoren wieder zu der früheren Form des Originalberichts zurückzukehren zu wollen.

Abg. Dr. Goetz (nl.): Nach § 6 des Krankenlausegesetzes ist jedem Kranken außer anderen Unterstützungen auch eine ärztliche Behandlung zugesagt. Nun geschieht es in Fällen vielfach, daß die Leute von Altagern behandelt werden. Da dies dem Geiste des Gesetzes und dem Willen des Gesetzgebers durchaus nicht entspricht, so wandle ich der ärztlichen Bezirksvereine Gemüth an das königlich sächsische Ministerium des Innern und erliehe den Befehl, daß ein Verbot, einen Nichtarzt zu wählen, nicht erlasse. Der Verordner ging mit seiner Beschwerde an den Bundesrath und auch dieser hat dem Vernehmen nach darauf verzichtet, eine entsprechende Auslegung des § 6 zu geben. Es wäre daher sehr erwünscht, wenn von Seiten des Bundesraths bei dieser Gelegenheit eine Andeutung darüber gegeben würde, ob die Reichsregierung es im Auge faßt, in Zukunft eine bezügliche Aenderung eintreten zu lassen.

Abg. Dr. Straßmann (nat.): In dem vorhergehenden Reichstag hat die Behandlung einer Petition des Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke in einer eingehenden Beratung und zu einem umfassenden Kommissionsbericht geführt, der leider im Plenum nicht zur Verhandlung gekommen ist. Der Bericht schloß mit dem Wunsche, daß eine Enquete ange stellt werde, inwieweit das Gesetz über die Konfessionierung der Schankstätten auf eine Verringerung derselben hingewirkt habe. Dem Vernehmen nach hat nun das Reichsamt des Innern hieraus schon Veranlassung genommen, eine Anfrage an die verschiedenen Behörden zu stellen, und ich möchte mir daher die Frage erlauben, ob dies richtig ist und welches das Resultat der angestellten Untersuchungen gewesen, beziehungsweise, ob zu erwarten ist, daß dieses Ergebnis der Untersuchungen der Reichsregierung zu weiterem gesetzgeberischem Vorgehen Veranlassung geben wird.

Staatssekretär v. Büttcher: Was zunächst die letzte Anfrage betrifft, so hat das Reichsamt des Innern eine Enquete darüber angestellt, in welchem Umfange die Verordnungen der Bedürfnisfrage bei der Errichtung von Wirtschaftskonsessionen eine Einschränkung der Branntweinverkaufsstellen herbeiführen habe. Diese Enquete hat das Resultat ergeben, daß die Branntweinverkaufsstellen in der That abgenommen haben. Gleichwohl ist den Petitionen des Vereins entsprechend gegenwärtig eine Umfrage an die Bundesregierungen gerichtet worden, ob und nach welchen Richtungen sie eine Korrektur unserer Gesetzgebung auf diesem Gebiete für an-

gezeigt erachten. Wir dürfen erwarten, daß nach Ablauf einiger Monate die Aeußerungen uns vorliegen, und dann wird es an der Zeit sein, in eine Berathung einzutreten. Die Sache ist im Uebrigen, die Erwägungen sind aber noch nicht abgeschlossen.

Was die Angelegenheit anlangt, welche Herr Dr. Goetz angeregt hat, so hat er ja bereits die Sache historisch dargestellt und bemerkt, daß an den Bundesrath von Seiten eines ärztlichen Bezirksvereins das Petition gestellt worden ist, es möge ihm gefallen, den § 6 des Krankenlausegesetzes, welcher verordnet, daß an Krankenlausestützung u. a. dem Verordneten freie ärztliche Behandlung zu gewähren ist, dahin zu interpretieren, daß darunter die Behandlung nur durch approbirt Medizinalpersonen zu verstehen sei. Der Bundesrath hat diesem Ansuchen keine Folge gegeben. Er ist nicht der Meinung, daß durch dieses Gesetz festzustellen sei, wer zur Ausübung der ärztlichen Praxis berechtigt ist, daß dafür vielmehr die Bundesordnung und die Landesgesetze, welche sich damit befassen, sedes materiae sind. Es würde auch gar nicht einmal eine Interpretation angezeigt sein, z. B. im Hinblick darauf, daß vielfach noch im Volke das Bestreben vorhanden ist, an Stelle des approbirten Arztes andere Personen zur Behandlung heranzuziehen, zu denen man Vertrauen hat. Diesem Bestreben entgegenzutreten liegt kein Grund vor. Zweitens würde aber auch dadurch die Thätigkeit sonst zur Behandlung berufener Personen ausgeschlossen sein. Es ist also das Verbalten des Bundesraths ein ganz zutreffendes, und es ist der weiteren Entwicklung zu überlassen, wie sich die Dinge gestalten.

Was endlich die Angelegenheit betrifft, die der Abg. Lingen wieder vorgebracht hat, die Gestaltung der Berichte der Fabrikinspektoren, so kann ich nur früher Gesagtes wiederholen: es ist und vollständig gleich, ob wir die Berichte der Fabrikinspektoren unverändert abgedruckt dem Hause vorlegen, oder ob wir aus demselben einen Generalbericht anfertigen. Ich möchte nur zu wissen, was die Mehrheit des Hauses wünscht, dann wird es so gemacht werden. So ganz auf der Oberfläche liegt es nicht, daß das frühere Verfahren dem neueren vorzuziehen ist. Wir haben doch eine ganze Reihe von Stimmen gehört, welche sich mit Vorliebe für das jetzt zuletzt geübte Verfahren erklärt haben. Ich bitte also zu sagen, wie es gemacht werden soll.

Abg. Kalle (nl.): Ich hätte nicht das Wort ergriffen, wenn Abg. Lingen nicht die Frage angestrichen hätte. Nachdem er aber Namens seiner Fraktion erklärt hat, daß sie der Ansicht sei, daß die alte Form vorzuziehen wäre, muß ich dem meinen Widerspruch entgegenstellen, damit die Reichsregierung nicht daraus den Schluß zieht, daß die Ansicht des Abg. Lingen und Genossen allgemein getheilt werde. Ich will die Gründe für die jetzige Form des Generalberichts nicht noch einmal wiederholen, aber meinen Wünschen entspricht die gegenwärtige Form durchaus.

Abg. Dr. Baumbach tritt der Ansicht des Abg. Lingen bei, namentlich da bei der Herausarbeitung eines Generalberichts aus den Originalen jenem leicht eine tendenziöse Färbung zu Theil werden könnte.

Staatssekretär v. Büttcher: Ich bitte nochmals, in einer formulirten Fassung zu bestimmen, welches Verfahren geübt werden soll, einzelne Stimmen können und nicht zu einer Aenderung veranlassen. Gegenwärtig ist schon wieder Veranlassung getroffen, den Bericht in der Form des Vorjahres herzustellen, ich könnte dies noch abändern, aber dazu ist ein besonderer Beschluß nötig, sonst würde ich nicht in der Lage sein, eine Aenderung voranstellen zu können. Dem Abg. Baumbach erwidere ich, daß eine Tendenz bei Abfassung des Generalberichts nicht vorherzusehen ist, es wird ganz objektiv aus jedem Originalbericht das Wesentliche herausgehoben.

Abg. Lingen empfiehlt, nach diesen Erklärungen für das laufende Jahr noch die Form des Generalberichts beizubehalten, die Berathung im nächsten Jahre werde zu Gelegenheit bieten, die Sache eingehender zu prüfen und einen Beschluß herbeizuführen.

Abg. Dr. Goetz spricht sein Bedauern über die Erklärung von so hoher Stelle aus, daß man nicht gekonnt sei, die reichsrechtliche angeordnete „ärztliche Behandlung“ der Kranken auch überall zu erzwingen und der Behandlung durch Wucher entgegenzutreten. Wozu schreibt man denn dann den Medizinen immer schwieriger werdende Examina vor. Er hoffe, daß sich in dieser Beziehung die Ansichten des Bundesraths doch noch ändern werden.

Abg. Dr. Baumbach hat damit, daß er gemeint, in dem Generalbericht könne eine bestimmte Tendenz zum Ausdruck kommen, seinen Vorwurf aussprechen, sondern nur sagen wollen, daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, es entspreche bei der Zusammenstellung eine tendenziöse Fassung.

Beim Kapitel: Hospitalisch-technische Reichsanstalt erfolgt auf eine Anregung des Abg. Dr. Witte: Staatssekretär v. Büttcher, daß in dem Kintorium der hospitalisch-technischen Reichsanstalt alle berechtigten Zutretenden ausreichend berücksichtigt würden, wie schon die geplante Zusammenstellung desselben ergebe. Es bestesse die Möglichkeit, dasselbe so bald wie möglich zu bilden.

Der Rest des Spezialstats wird ohne weitere Debatte genehmigt.

Beim Stat des Reichseisenbahnbaus konstatiert

Abg. Dr. Lingen mit Genugthuung, daß der Etat eine Summe aufweist zur besseren Ermöglichung der Theilnahme der Eisenbahnbeamten und Arbeiter am Gottesdienste. Speziell für die eisenbahntechnischen Eisenbahnen hätte er den Wunsch, daß die Arbeiter und Beamten des Morgens an den Sonntagen freie Zeit erhalten mögen, um ihnen einen bequemeren Besuch des Gottesdienstes zu ermöglichen. Dadurch würde sich die Eisenbahnverwaltung sowohl die Dankbarkeit der Beamten verdienen, als auch sich vortheilhaft vor der Verwaltung der benachbarten, namentlich der französischen Eisenbahnen auszeichnen.

Geheimrath Gerstner bemerkt, daß in dieser Angelegenheit das Reichseisenbahnamt nicht kompetent sei. Der Vorredner möge seine Wünsche bei dem Kapitel: Verwaltung der Eisenbahntechnischen Eisenbahnen vorbringen.

Beim Stat der Post- und Telegraphenverwaltung bemerkt

Abg. Dr. Lingen: Zur Sicherstellung der Sonntagsruhe der Postbeamten ist ja in den Etat eine entsprechende Summe eingestellt worden. Ich gestatte mir noch die Anfrage, ob alle Oberpostdirektionen angewiesen sind, jedem Beamten, der es wünscht, die Theilnahme am Gottesdienste zu ermöglichen, und ob nicht etwa die Sonntagsruhe bei Berechnung der Gesamtarbeitzeit an Wochentagen in Abzug kommt.

Direktor im Reichspostamt Dr. Fischer: Die Frage des Vorredners, ob die Oberpostdirektionen angewiesen seien, überall mit gleicher Fürsorge den Beamten die Theilnahme am Gottesdienste des Sonntages zu gestatten, kann ich durchaus bejahen. Was den Punkt anbelangt, ob jedem Beamten, der es wünscht, die Theilnahme möglich ist, so habe ich zu erklären, daß diese Theilnahme der Beamten am Gottesdienste geregelt ist durch geschäftsordnungsmäßige Dispositionen, welche dahin abehen, in geregelter Reihenfolge diese Theilnahme zu ermöglichen. Nach dem mir vorliegenden Material befinden sich von je 1000 Beamten nur noch etwa 6 nicht in der Lage, am Gottesdienste Theil nehmen zu können. Die Centralverwaltung ist fort und fort bemüht, diese Vergünstigung auszuweiten, wir können indeß nicht soweit gehen, daß wir eine Anordnung erlassen, wonach wir jeden Beamten, der sich zur Theilnahme am Gottesdienste meldet, sofort aus dem Tagesdienste entlassen. Es sind auch nicht alle Beamten von so idealen Gesichtspunkten befeuert, wie der Herr Vorredner. Was eine weitere Anfrage des Vorredners betrifft, so habe ich zu erwidern, daß bei Berechnung der Gesamtarbeitzeit die Stunden der Sonntagsruhe nicht in Abrechnung gebracht werden. Es sind gegenwärtig Befestigungen im Gange, auf Grund deren die Gesamtarbeitzeit eine der allgemeinen Geschäftslage entsprechende Regelung erhalten soll.

Abg. Dr. Lingen verweist noch auf eine Aeußerung des Chefs der Postverwaltung bei der Etatberathung im vorigen Jahre, daß dafür gesorgt sei, daß jedem Beamten, wenn er es wünscht, die Theilnahme am Gottesdienste des Sonntags ermöglicht ist.

Direktor im Reichspostamt Dr. Fischer hält demgegenüber an seiner vorher abgegebenen Erklärung fest, daß die Geschäftslage der Post bei dieser Frage immer im Auge behalten werden müßte.

Abg. Straßmann (nl.): Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf die Frage der Postpartaken zurückkommen. Uebrig ist im Reichstag



Mussen 94,01, Megypter 74,51.



\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



Druck und Verlag der National-Zeitung Dr. A. Salomon in Berlin.



Prozent) und Entfin. Kubek (w. 0,65 Prozent). Stammes-  
prioritäten lagen eher schwach. Oesterreichische, Schweizer

Prozent) und Entin - Eübel (w. 0,65 Prozent). Stamm-  
Prioritäten lagen eher schwach. Oesterreichische, Schweizer,  
und Russische Bahnen still und wenig verändert.  
Kassabanen luftlos; Russische Werke gaben nach. Berg- und  
Hüttenwerke ruhig; als besser führten wir an: Schleifische Jint,  
König Wilhelm und Znojmozlam. Gedruckt wurde Marienbüt  
Koblenau. Von den anderen Industriefapieren erheben sich  
Schleifische Cement (w. 1,25), Stettin-Bredow (w. 1,75), Wolpi (w.  
1,50), Schwarzkeppf (w. 4,25), Münchener Braunkas (w. 1,50),  
Scherling (w. 6), Königsbad (w. 1), Schöneberger  
Brauerei (w. 1), Elbfion (w. 1,25), Fister (w. 1,50)  
und Norddeutscher Flopd (w. 1). Billiger wurden abgegeben  
Oppeln (w. 1), Charlottenburger Bauberein (w. 1,30), Groß-  
Pferdebahn (w. 1,25) und Bohenhefer (w. 4). Zuländische Anlagen  
werthe hatten geringes Geschäft. Deutsche Prioritäten konnten ihr  
letztes Courantniveau nicht überall voll behaupten. Von den Staats-  
anleihen blühten approx. Reichsanleihe 0,20 Prozent ein, Apr  
Konfols und Reichsanleihe gingen nun je 0,10 Prozent zurück.  
Oesterreichisch-ungarische Prioritäten matt, besonders approx. Com-  
barden, die neuerdings 34 Zks. einbüßten. Russische Prioritäten  
abgeschwächt. Sinesische und Wabistamas gab erheblicher nach.  
Ultimogeld ca. 3 Prozent. Privatdiskonto 24 Prozent.

**Courte von 24 Uhr per ultimo März.** Kredit 466,50  
Franken 385,50, Lombarden 139,50, Diskonto 192,25, Deutsch-  
Paul 158,75, Berliner Handels-Gesellschaft 149,80, Dortmund-  
Union 54,25, Concordite 73,87, Bockum 116,25, Mecklenburg-  
137,37, Wäuzer 93,37, Marienburger 36,25, Oldpreußen 82,00  
Kanzler 80,87, Gotthardbahn 101,12, Mittelmeer 112,00, Türkei  
13,50, Serbische Rente 79,00, Rente 81,75, Spanier 64,25, 4 pro-  
ungar. Goldrente 80,75, 4 pro. Wexptier 74,50, Deutsche Laab-Altie  
72,37, Illiener 96,87, 1871/73er Russen 94,12, 1880er Russe  
80,37, 1884er Russen 94,37, III. Orient 55,00, Russ. Noten 178,7,  
Zentral; Schwächer.

Verkauflichte Eisenbahn-Stamm-Affien.)					
Magdeburg-Berl.	5	5	1/1	1/7	— —
Frankf.-Jesf. bahn	5	5	1/1	1/7	— —
Kronpr.-Rudolfs	4	5	1/1	1/7	74,00 B
Niederfch. Märf.	4	4	1/1	1/7	101,75 G
Stargard-Pofener	4	4	1/1	1/7	104,00 G
Bozlatberger	5	5	1/1	1/7	— —
Eifenbahn-Prioritäts-Obligationen.					
Nachn.-Züllb.	5	1/1	1/7	102,75 G	
Berg.-Märf. III. A. B. C.	3	1/1	1/7	99,20 B	
do. V. VII. VIII.	4	1/1	1/7	102,00 G	
do. IX. Ser.	4	1/1	1/7	102,00 G	
do. Märf. (Nordb.) conv.	4	1/1	1/7	102,00 G	
Berlin-Anhalt. Lit. C.	4	1/1	1/7	101,80 G	
do. (Oberlauftfer)	4	1/1	1/7	— —	
Berlin-Dresdener gar.	4	1/4	1/10	101,60 B	
Berlin-Schiffert Lit. B.	4	1/1	1/7	101,80 G	
Berlin-Hamburg. I. II. C.	4	1/1	1/7	102,10 B	
Berlin-Rotb.-Rggbg. A. C.	4	1/1	1/7	101,80 G	
Berlin-Stettiner	4	1/4	1/10	102,00 B	G
Braunfchweigifche	4	1/1	1/7	105,00 B	
do. Sanderbahn.	4	1/1	1/7	— —	
Brfl. Schwedn.-Freib. H.	4	1/4	1/10	101,90 G	
do. Lit. K.	4	1/1	1/7	101,90 G	
do. de 1876	4	1/4	1/10	101,90 G	
Breslau-Warfhauer	5	1/4	1/10	— —	
Elb.-Münbener IV. C. u.	4	1/4	1/10	101,90 G	

do.	V.Gm.	4	1/1	1/7	102,10	53
do.	VI. A. B.	4	1/4	1/10	101,90	53
do.	VII.Gm.	4	1/1	1/7	101,90	53
Deutscher-Norddeutscher Lloyd		4	1/1	1/7	100,00	53
Halsferstadt-Wantenburg		4	1/1	1/7	101,00	53
Holsteinische Harzbahn		4	1/1	1/7	102,75	53
Lebke-Buchen gar.		4	1/1	1/7	—	—
Magdeburg-Halsferdt 1865		4	1/1	1/7	101,90	53
do. de 1873		4	1/1	1/7	102,00	53
do. Selph.Lit.A.		4	1/1	1/7	103,80	53
do. Lit.B.		4	1/1	1/7	101,90	53

do.	Altens.	3	1/1	1/7	90,50	h <sub>2</sub> B
Wittig-Ludwigsh.	68,69	4	1/1	1/7	102,00	h <sub>2</sub> C
do.	75,76,78 conv.	5	1/3	1/9	102,00	h <sub>2</sub> C
do.	74 conv.	4	1/4	1/10	—	—
do.	v. 1881	4	1/2	1/8	102,00	h <sub>2</sub> C
Niebertschles. Märk. I. Ser.		4	1/1	1/7	101,10	h <sub>2</sub> C
do. II. Ser. 6234 Thlr.		4	1/1	1/7	—	—
do. Obliq. Lu. II. Ser.		4	1/1	1/7	102,00	III. I
Nordh.-Frürter I. Em.		4 1/2	1/1	1/7	100,40	h <sub>2</sub> C
do.	do. II. Em.	4	1/1	1/7	—	—
Oberpfälzische Lit. B.		3 1/2	1/1	1/7	—	—
do.	Lit. D.	4	1/1	1/7	—	—
do.	Lit. E.	3 1/2	1/4	1/10	—	—
do.	Lit. F.I. Em.	4	1/4	1/10	101,80	h <sub>2</sub> C
do.	Lit. G. H.	4	1/1	1/7	101,80	h <sub>2</sub> C
do.	Em. v. 1878	4	1/1	1/7	101,80	h <sub>2</sub> C
do.	Em. v. 1879	4 1/2	1/1	1/7	105,25	h <sub>2</sub> C
do.	Em. v. 74, 804	4	1/1	1/7	—	—
do.	Em. v. 1883	4	1/1	1/7	—	—
do.	Niebertschles.-Bwg.	3 1/2	1/1	1/7	—	—
do. (Siargard-Posen)		4	1/4	1/10	—	—
Ostpreuß. Südb. A. B. C.		4 1/2	1/1	1/7	—	—
Rechte Oderufer		4	1/1	1/7	101,80	h <sub>2</sub> C
Rheinische		3 1/2	1/1	1/7	—	—
do.	v. 58 u. 60	4	1/1	1/7	102,00	h <sub>2</sub> C
do.	v. 62, 64, 71, 73	4	1/4	1/10	102,00	h <sub>2</sub> C
Sealbahn		3 1/2	1/1	1/7	95,50	h <sub>2</sub> B
Schleswig-Holsteiner		4 1/2	1/1	1/7	—	—
Schüringer VI. Em.		4	1/1	1/7	102,00	h <sub>2</sub> C
Weimar-Graer		4	1/7	—	—	—
Werraebahn I. Em.		4	1/1	1/7	101,20	h <sub>2</sub> B
<b>Verstaatlichte Eisen-Prioritäts-Obliq.</b>						
zum Bezug von Pr. 3 1/2% Coupons abgekempft						
Bergisch-Märkische IV.		4	1/1	1/7	98,90	h <sub>2</sub> B
Berlin-Potsdam D.		4 1/2	1/1	1/7	98,90	h <sub>2</sub> B
do.	E. F.	4	1/1	1/7	98,90	h <sub>2</sub> B
Coln-Mindener I.		4	1/1	1/7	98,90	h <sub>2</sub> B
Halle-Serau C.		4	1/1	1/7	98,90	h <sub>2</sub> B
Schüdnack I. III. IV. V.		4	1/1	1/7	98,90	h <sub>2</sub> B
Coln-Mindener III.		4	1/4	1/10	99,10	h <sub>2</sub> B
Rheinische 65—69		4	1/4	1/10	99,10	h <sub>2</sub> B
Wachen-Meißthaler		4	1/1	1/7	100,80	h <sub>2</sub> C
Albrechtsbahn gar.		5	1/5	1/11	79,90	h <sub>2</sub> C
Böhmisches Nordb. Gold		4	1/1	1/7	99,90	h <sub>2</sub> C
Wischgeraber Gold-Obli.		4 1/2	1/4	1/10	104,30	h <sub>2</sub> C
Dur-Podenbach		5	1/1	1/7	85,10	h <sub>2</sub> C
do.	II. Em.	5	1/4	1/10	83,25	III.
Dur-Prag Gold-Prior.		5	1/1	1/7	107,10	h <sub>2</sub> C
do.	do.	4	1/1	1/7	98,80	h <sub>2</sub> C
Elisabeth-Meiß Gold-P.		4	1/4	1/10	100,60	h <sub>2</sub> C
Frau-Josefbahn		4	1/4	1/10	75,50	h <sub>2</sub> C
Fünfkirchen-Barcs gar.		5	1/4	1/10	79,50	h <sub>2</sub> C
Galliz-Karl-Ludwigsh. gar.		4	1/1	1/7	79,90	h <sub>2</sub> C
do.	do. 1882	4	1/1	1/7	79,10	h <sub>2</sub> C
Gottthardbahn III. Serie		5	1/4	1/10	190,80	h <sub>2</sub> C
do.	IV. Serie	5	1/1	1/7	105,20	h <sub>2</sub> C
do.	conv.	4	1/1	1/7	101,00	h <sub>2</sub> C
Kaiser Ferd.-Nordbahn		5	1/5	1/11	93,60	h <sub>2</sub> C
do.	do.	4	1/1	1/7	79,40	h <sub>2</sub> C
Kaschau-Oderberg gar.		5	1/1	1/7	79,70	h <sub>2</sub> C
do.	do. Gold-Prior. g.	5	1/1	1/7	101,30	



## Eisenbahn-Prioritäts-Oblig. (Fortf.)

Bemberg-Gern. Kcentr.	4	1/5	1/11	71,10	⊗
do. do. Kcentr.	4	1/5	1/11	65,10	⊗
Nähr.-Schle. Centralb.	fr. br. Eid.			50,75	⊗
do. do. Grenz. g.	5	1/3	1/9	66,10	⊗
Deft.-Grenz. Stb. alte, gar.	3	1/3	1/9	400,00	b <sub>2</sub>
do. do. 1874, gar.	3	1/3	1/9	386,00	⊗
do. do. 1885, gar.	3	1/3	1/9	381,80	b <sub>2</sub>
do. Graánunguadner, gar.	3	1/3	1/9	384,00	b <sub>2</sub>
do. Franz. Staats. I. II. 5	1/5	1/5	1/11	107,00	b <sub>2</sub>
do. do. Goldprior.	4	1/5	1/11	100,75	b <sub>2</sub> ⊗
do. Sotabahn	4	1/4	1/10	74,50	b <sub>2</sub>
do. Nordwestbahn	5	1/3	1/9	85,20	d b <sub>2</sub> ⊗
do. do. Goldprior.	5	1/6	1/12	106,90	b <sub>2</sub>
do. Lit. B. (Elbethal)	5	1/5	1/11	82,30	b <sub>2</sub>
Nraus-Friedland	5	1/4	1/10	—	—
Rissen-Gröben	4	1/1	1/7	72,00	⊗
Maab-Debenbn. Gold-P.	3	1/4	1/10	63,40	⊗
Reichenb.-P. (S. N. Verb.)	5	1/4	1/10	81,40	⊗
do. Gold-Prior.	5	1/4	1/10	104,50	⊗
Schweizer Centralbahn	4	1/5	1/11	—	—
do. Centr.-Nordostb.	4	1/4	1/10	—	—
Sinditaliensche Bahn	3	1/1	1/4	322,30	fl. —
Sibbst.-Bzha (Kombard.)	3	1/1	1/7	305,50	b <sub>2</sub>
do. do. neue	3	1/4	1/10	303,00	b <sub>2</sub>
do. do. Obligationen	5	1/1	1/7	102,50	b <sub>2</sub> ⊗
do. do. Gold-P.	4	1/6	1/11	97,03	b <sub>2</sub> ⊗
Teichbahn	5	1/5	1/11	81,10	fl. —
Angar.-Gafiz. Verb.-V. g.	5	1/3	1/9	79,30	b <sub>2</sub>
do. Nordostbahn gar.	5	1/4	1/10	79,70	b <sub>2</sub> ⊗
do. do. Gold-Prior. g.	5	1/1	1/7	101,40	⊗
do. Dist. I. (Staats-Obl.)	5	1/1	1/7	78,50	b <sub>2</sub> ⊗
do. do. II. gar.	5	1/1	1/7	100,50	b <sub>2</sub>
Wartallberger gar.	4	1/2	1/9	73,90	b <sub>2</sub>
König Wilhel. III.	4	1/1	1/7	98,60	b <sub>2</sub>
Porzingerische Oblig.	4	1/1	1/7	92,80	b <sub>2</sub>
Haltische	5	1/1	1/7	85,00	b <sub>2</sub> ⊗
Wresl.-Grafow	5	1/1	1/7	90,20	b <sub>2</sub>
Grafow-Wlow gar.	5	1/3	1/9	93,10	⊗
do. in Wiv. Sterl.	5	1/3	1/9	— fl. 95.	—
do. do. Wiv. Sterl.	5	1/3	1/9	— fl. 95.	—
Große Bluff. Wlend. gar.	3	1/6	1/12	75,40	fl. —
Selz.-Rast. gar.	5	1/5	1/11	97,30	b <sub>2</sub>
Selz.-Woronefch gar.	5	1/3	1/9	— fl. —	—
Wangerod.-Dombr. gar.	4	1/1	1/7	90,50	b <sub>2</sub>
Kozlow-Woronefch gar.	5	1/1	1/7	98,40	fl. —
do. do. Obligat.	5	1/4	1/10	80,20	b <sub>2</sub>
Kursl.-Grafow gar.	5	1/5	1/11	97,80	b <sub>2</sub> ⊗
do. Ghar.-Wlow (Oblig.)	5	1/1	1/7	85,00	b <sub>2</sub>
Kursl.-Kiew gar.	5	1/2	1/8	100,40	fl. 100.
Lojono-Sewastopol	5	1/4	1/10	84,00	b <sub>2</sub> ⊗
Disco-Kursl gar.	4	1/5	1/11	81,80	b <sub>2</sub> ⊗
do. Rysan	4	1/2	1/8	94,30	b <sub>2</sub>
do. Smolensk. gar.	5	1/5	1/11	— fl. 98.	—
Drel-Griag (Oblig.)	5	1/4	1/10	80,40	b <sub>2</sub>
Koll.-Tiflis gar.	5	1/4	1/10	— fl. —	—
Rishon-Kozlow gar.	4	1/4	1/10	92,40	⊗
Rischl.-Morgansk. gar.	5	1/4	1/10	96,40	b <sub>2</sub>
Rischl.-Wasma	5	1/5	1/11	—	—
Rishinsk.-Wologoz	5	1/5	1/11	86,50	fl. 81.
Schula-Zwanowo gar.	5	1/4	1/10	97,50	fl. 98.
Sindelsbahn gar.	4	1/1	1/7	82,20	b <sub>2</sub>
Transkaukasische gar.	3	1/6	1/12	84,70	fl. 65.
Wartchau-Sereopol gar.	5	1/4	1/10	97,10	fl. 97.
Wartchan-Wien II. Em.	5	1/1	1/7	101,75	fl. —
do. do. III. Em.	5	1/1	1/7	101,10	fl. —
do. do. IV. Em.	5	1/1	1/7	101,10	fl. —
do. do. V. Em.	5	1/1	1/7	101,10	fl. —
do. do. VI. Em.	5	1/1	1/7	101,25	fl. 101.
Isobafawlas gar.	4	1/1	1/7	80,00	b <sub>2</sub> ⊗
Rarsae-Selo	5	1/1	1/7	74,70	⊗
California-Oregon	6	1/1	1/7	100,25	b <sub>2</sub> ⊗
Centrol-Pacific	6	1/1	1/7	113,80	b <sub>2</sub> ⊗
Manitoba	4	1/1	1/7	98,10	b <sub>2</sub> ⊗
Northern Pacific	6	1/1	1/7	114,60	⊗
do. do. II.	6	1/4	1/10	102,60	b <sub>2</sub> ⊗
San Louis-Francisco	6	1/1	1/7	108,25	b <sub>2</sub> ⊗
do. do. do.	5	1/1	1/7	97,70	b <sub>2</sub> ⊗
Sealthen Pacific	6	1/4	1/10	109,75	b <sub>2</sub> ⊗

## Bank-Papiere.

Badener Disc.-Ges.	7	6	1/1	116,50 B
Alg. Deutsche B.-G.	4	3 1/2	1/1	70,00 B
Außerbauher Bank	6 1/2	—	1/1	128,00 B G
Antwerpener	6	6	1/1	112,25 G
Babische Bank	5	4	1/1	—
B. f. Rheinl. u. Westf.	5	—	1/1	—
B. f. Spirit.-Prod. G.	6	6 1/2	1/1	97,50 B G
Bonner Bankverein	4 1/2	—	1/1	99,00 B G
Bapr. Handelsbank	6 1/2	6 1/2	1/1	—
Berg.-Märk. Bank	6	6	1/1	113,50 G
Berliner Cassenver.	5 1/2	4 1/2	1/1	118,50 B G
do. Handelsgef.	8	9	1/1	150,00 B G
do. Wäckerverein	6	9	1/1	118,75 B G
do. Prov.-Höchst.	4	4 1/2	1/1	88,50 B G
Börs.-Handelsverein	9	6 1/2	1/1	120,00 G
Braunsch. Bank	5 1/2	4 1/2	1/1	102,00 B
do. Creditbank	6	5 1/2	1/1	107,00 B
do. Hyp.-Bank	4	4 1/2	1/1	89,75 B G
Bremer Bank	4,18	2,84	1/1	—
Bresl. Disc.-Bank.	5	5	1/1	90,00 B G
do. Wechselbank	5 1/2	5 1/2	1/1	97,00 B
Chemn. Bankverein	5 1/2	6	1/1	102,90 B
Coburg. Creditbank	3	3 1/2	1/1	73,90 B G
Cöln. Wechselbank	5	5	1/1	94,60 B G
Dänische Landmisk.	7	6 1/2	1/1	121,30 B
Danziger Privatbk.	10 1/2	10	1/1	139,00 B G
Darmstädter Bank	6 1/2	7	1/1	137,00 B G
do. Zettelbank	4,40	3,62	1/1	102,75 G
Deffauer Credit neue	7	8	1/1	140,00 B G
do. Landesbank	8	8 1/2	1/1	142,00 G
Deutsche Bank	9	—	1/1	159,00 B G
do. Effektenb. Hahn	8	8	1/1	120,00 B
do. Genossenschaft	6 1/2	6 1/2	1/1	128,50 B
do. Grundschuld.	—	5	1/1	105,00 B
do. Hypothekenbank	5	5	1/1	99,60 B
do. Nationalbank	4	4	1/1	—
Disconto-Comm.	11	10	1/1	192,70 B
Essener Bank	7 1/2	7	1/1	129,50 B G
Essener Creditbank	5	5	1/1	101,50 B G
Genar Bank	0	2	1/1	84,75 B G
do. Creditbank	5 1/2	5 1/2	1/1	—
Gotha Zettelbank	5 1/2	5 1/2	1/1	116,00 B G
do. Grandered.-Bk.	0	—	1/1	57,50 B 80,90
Hamb. Commerzbk.	6 1/2	6 1/2	1/1	121,00 B
do. Hypotheksbk.	6	6	1/1	—
Hannoversche Bank	5,76	5	1/1	—
Kieler Bank	10 1/2	10	1/1	131,00 B
Königsb. Ver.-Bk.	6	6	1/1	104,00 B
Leipziger Credit	9	8 1/2	1/1	169,50 B G
do. Disconto	5 1/2	5 1/2	1/1	99,50 G
Lübecker Comm.-Bk.	0	0	1/1	79,25 B G
Luxemburger Bank	6 1/2	7 1/2	1/1	135,25 B G
Magdeb. Bankver.	6	—	1/1	105,50 B G
do. Privatbank	5 1/2	4 1/2	1/1	113,60 G
Mallorbank	5	5	1/1	98,00 G
Mecklenburg. Bank	5 1/2	—	1/1	—
do. Hypotheksbk.	6	6 1/2	1/1	113,75 G
Meining. Hypotheksbk.	4 1/2	4 1/2	1/1	94,50 B G
Mittelh. Creditbank	5	—	1/1	94,60 G
Nationalbank	4	2	1/1	83,25 B G
Niederw. Bank	5	4 1/2	1/1	89,60 G
Norddeutsche Bank	6,1	7	1/1	142,00 G
do. Grundcredit	0	0	1/1	49,50 B G
Oberlausitzer Bank	5 1/2	5 1/2	1/1	103,40 B
Ofsterr. Credit-Bk.	8 1/2	8 1/2	1/1	467,00 B
Old. Spar.-u. Leihbk.	7	7	1/1	—
Osnaabrüder Bank	7	7	1/1	—
Petersb. Disc.-Bk.	20 1/2	—	1/1	—
do. Intern. Bk.	13	—	1/1	103,25 B
Reim. Hyp. cov.	0	—	1/1	—
Rheinl. landw. Bank	4	—	1/1	51,00 G
Rosen. Prov.-Bank	6 1/2	5 1/2	1/1	115,10 B
Sch. Boden-Credit-Bk.	5 1/2	5 1/2	1/1	102,75 B G
do. Central-Boden	8	—	1/1	131,25 G
do. Hyp.-u. Aktien-Bk.	5	5 1/2	1/1	101,60 G
do. Hyp.-Verz. A. G.	5 1/2	6	1/1	97,50 B G
do. Immobilien	6	—	1/1	394,50 G
do. Leihbank	7 1/2	8	1/1	127,00 B G
Meißnerbank	6,24	5,29	1/1	136,00 B G
Rhin.-Westf. Gen.	3	—	1/1	—
Rosfelder Bank	4 1/2	—	1/1	92,75 G
Russische Bank	8 1/2	—	1/1	70,50 B G
Sächsishe Bank	5 1/2	4 1/2	1/1	115,25 B
do. Bank-Ges.	5	4 1/2	1/1	—
Schaffhausen Banku.	4	4	1/1	87,90 B G
Schlef. Bankverein.	5	—	1/1	105,10 B G
Südd. Bodencredit	6 1/2	6 1/2	1/1	139,50 G
Ungr. Allg. Erb.-B.	9 1/2	9	1/1	—
Vereinsbank	5 1/2	—	1/1	57,00 G
Ver.-Bk. Hamburg	7 1/2	7 1/2	1/1	122,50 G
Wärz. Comm.	8,4	—	1/1	—
do. Disconto	7,4	—	1/1	63,40 B
Westmährische Bank	0	—	1/1	58,50 B G
Westfälische Bank	6	5	1/1	107,80 G
Wiener Bankverein	6	5	1/1	—
do. Unionbank	0	7	1/1	369,50 B
Wirtz. Bankausfall	6	6	1/1	—
do. Vereinsbank	6	6	1/1	117,25 B

Industrie-Papiere. (Fortsetzung.)

[illegible]

### Verwerke und Wirtengesellschaften.

Adams-Bögen. cv.	0	—	4	1/1	36,10	a. 26,0
Anhalter Kohlenw.	11	12	4	1/1	178,00	—
Anwener Gußstahl	0	—	4	1/7	—	—
Apierbed. (Wag.)	0	—	4	1/1	71,40	B
Artenberg Bergbau	6	—	4	1/1	133,00	B
Bergk., Bergw.	6	6	4	1/1	99,75	b <sub>2</sub> G
Bismarckhütte	6	—	4	1/7	103,75	B
Böhm. Bergw. A.	0	—	4	1/1	40,00	b. —
do. Gußstahl.	6	—	4	1/7	117,50	b <sub>2</sub> B
Bonifacius	1	—	4	1/1	56,00	b <sub>2</sub> G
Bornh. Bergw.	0	—	4	1/1	—	—
Braunschw. Kohlen	1	—	4	1/1	52,00	b <sub>2</sub>
do. do. St.-Pr	—	—	4	1/1	81,75	b <sub>2</sub>
Caroline b. Dff.	5	4	4	1/1	76,90	B
Chiner Bergw.	5	—	4	1/1	105,00	G
Cöln-Müsen cv.	0	—	4	1/7	33,40	a. 15,0
Commerz. conv.	0	—	4	1/1	21,00	a. 12,7
Conf. Marie	6	—	4	1/7	109,00	B
do. Redenhütte	0	—	4	1/7	—	—
Dormstadt-Hütte	0	—	4	1/1	38,30	b <sub>2</sub> G
Dortmunder Union	0	—	4	1/7	—	—
do. St.-Pr. Lit. A.	1	—	6	1/7	55,50	b <sub>2</sub> b <sub>2</sub>
do. Bergwerk	0	—	4	1/7	11,40	b <sub>2</sub> G
Düpp. Kohlen. cv.	0	4	4	1/1	77,00	a. 38,0
Eisweiler	1	—	4	1/7	48,25	b <sub>2</sub> G
Eisenhütten	6	—	4	1/1	106,60	b <sub>2</sub>
Georg-Marien	2	—	4	1/7	67,90	B. 92,5
Glückauf conv.	3	—	4	1/1	—	a. —
Glücker Gußstahl	2	—	4	1/7	70,50	G
Harzort Bergwerk	0	—	4	1/7	—	—
Harpen Bergbau	0	—	4	1/7	—	—
Hibernia	6	5	4	1/1	93,50	G
Hochbühl	0	—	4	1/7	21,00	B
Hochbühl-Hütte. cv.	0	—	4	1/7	39,00	a. 18,0
Ilmenau-St. Stein.	0	—	4	1/1	41,00	b <sub>2</sub> G
Königs- u. Laura-H.	1	—	4	1/7	75,00	a b <sub>2</sub> B
Königs-Marienb.	0	0	4	1/1	38,00	b <sub>2</sub> G
König Wilhelm	0	0	4	1/1	15,80	b <sub>2</sub> G
Lauchhammerconv.	2	6	4	1/7	71,00	a. 53,0
Leute Tiefbau cv.	3	—	4	1/7	65,90	a. 31,7
Leute Tiefbau	5	—	4	1/7	90,50	b <sub>2</sub> G
Magdeburger	15	15	4	1/1	221,00	—
Mariensb. (Köpen)	1	—	4	1/4	40,00	b <sub>2</sub> G
Medenicher	12	15	4	1/1	215,50	G
Menden-Schweickert	0	—	4	1/7	98,00	a. 21,7
do. do. St.-Pr.	—	—	5	1/7	117,00	G
Nieder-Rast Kohlen	5	—	4	1/1	123,50	G
Nordhessische	0	0	4	1/1	46,25	G
Oberrh. Bergw. A.	2	—	6	1/7	71,00	B. 22,7
Pluto, Bergw.-Gef.	0	—	4	1/1	40,00	b <sub>2</sub> 69,
Reinhard. Bergw.	3	—	4	1/7	70,25	G
Reichenbach-Luth.	15	—	4	1/7	189,00	b <sub>2</sub> B
Schf. Th. Braunf.	15	7	4	1/1	—	—
Schlef. Kohlenw.	0	—	4	1/7	16,10	b <sub>2</sub> G
do. Zinkhütten	6	—	4	1/1	127,50	b <sub>2</sub> G
do. St.-Pr.	6	—	4	1/1	127,60	b <sub>2</sub> G
Stahlberg. Hütte	2	—	4	1/7	60,00	B
Stollberger Zink-H.	1	—	4	1/1	33,40	a b <sub>2</sub> G
do. do. St.-Pr.	6	—	5	1/1	104,00	b <sub>2</sub> B
Tarnowitz Bergbau	0	—	4	1/1	22,00	G
do. do. St.-Pr.	—	—	6	1/1	35,10	G
Thale St.-Prior.	3	—	6	1/8	89,25	B
Thal. conv.	0	—	4	1/7	44,00	a. 21,7
Thiergarten Alkali	8	—	4	1/1	156,25	B
Wesf. Anton-Pr.	5	—	6	1/7	87,75	B
Wissener St.-Prior.	0	—	4	1/7	18,90	B
Wismuterie-Alten	4	—	4	1/7	73,70	B

Oblig. von industr. und Bergw.-Gesellsch.

St. G. Berl. Bank. (r. 105)	5	1/1	1/7	102,00	b3 B
Act. G. f. Mil.-G. (r. 105)	5	1/4	1/10	106,40	B
Agrarverein Kallwerke	5	1/6	1/12	99,20	b3 B
Bier-Bräuerl. (r. 105)	5	1/4	1/10	106,50	B
Berg. Wärl. Bgw. (r. 105)	6	1/1	1/7	79,60	B
Bert. Unionsbr. (r. 103)	4	1/4	1/10	103,00	b3 B
Bestener Waarenbörse	4	1/4	1/10	96,70	b3
Bismarck Bräu (r. 103)	5	1/1	1/7	103,25	B
Bönders Oblig. (r. 102)	5	1/4	1/10	102,80	B
Central-Hotel (r. 110)	4	1/1	1/7	77,60	B
Chemien-Fabrik (r. 103)	5	1/1	1/7	105,10	B
Conf. Redenhütte (r. 115)	6	viertel		92,50	B
Dessauer Gas (r. 105)	4 1/2	1/1	1/7	107,25	b3
Deutsche Asph.-G. (r. 105)	4	1/4	1/10	106,00	B
do. Solbau-Werte	5	1/4	1/10	104,00	B
Dorau-Dampfz. (r. 100)	5	1/5	1/11	97,50	B
Dorner-Maschinen	4	1/1	1/7	102,00	B
Dortmunder Breun.	6	1/1	1/7	—	
do. Union (r. 110)	5	1/1	1/7	103,00	ab3 B
Edmannsdorfer Spinn.	5	1/4	1/10	—	
Germania, Schiffbau-Ges.	6	1/4	1/10	101,75	b3
Große Berl. Pferdebahn	4	1/1	1/7	102,70	b3 B
Harfort Bergw. (r. 102)	5	1/4	1/10	85,00	b3 B
Hendel Oblig. (r. 105)	4 1/2	1/4	1/10	99,40	B
do. (Wolfenb.) (r. 105)	4 1/2	1/4	1/10	99,70	B
Königs- u. Zarenhütte	4 1/2	1/1	1/7	100,40	B
Königsb. Werke (r. 105)	5	1/4	1/10	100,00	B
Kranfa-Lieg. (r. 100)	5	1/1	1/7	103,00	b3 B
Krabu. Fris. Hof. (r. 105)	5	1/4	1/10	98,80	B
Kolte, Gas-Gesellschaft	5	1/1	1/7	105,00	B
Norddeutsche Lloyd	4	1/4	1/10	101,90	b3
Oberfeld. Glanbahnbed.	5	1/1	1/7	98,50	B
Oestr. Alpine Montan-Ges.	5	1/1	1/7	88,75	b3
Paffage Act. Bam. (r. 102)	4	1/4	1/10	101,30	b3 B
Rußl. Maschinbau. (Rptl.)	6	1/1	1/7	—	
do. Rapsita-Oblig.	6	1/4	1/10	95,75	B
Schaller-Grub.-u. St.-B.	5	1/1	1/7	99,90	B
Schulthess Br. (r. 105)	4	1/1	1/7	104,50	B
Weiterregeln Akti. (r. 100)	5	1/1	1/7	104,00	b3 B
Westph. Drahtzn. (r. 105)	5	1/4	1/10	104,10	B
Zoologischer Garten	5	1/4	1/10	106,25	b3 B

**Versicherungs-Gesellschaften.**

Wagen-Wuthen. F. B.	420	—	8650,00 ₧
Verlängte Feuer-Vers.-A.	177	—	2335,00 ₧
do. Hagel-Vers.-G. v. 21.	0	63	580,00 ₧
do. Land- u. Wirth.-G.	150	—	2295,00 ₧
do. Lebens-Vers.-G.	174	—	3600,00 ₧
Colonat, F. B. u. in Köln	360	360	7800,00 ₧
Concordia, Lebens-V.	97	—	—
Deutscher F. B. u. in Berlin	84	84	—
Deutscher Nord- u. S. B.	200	—	2695,00 ₧
Dresd. allg. Vers.-B. u.	300	—	2900,00 ₧
Elberfelder Feuer-B. u.	240	—	6275,00 ₧
Germania, Leb. u. in Sietlin	45	—	980,00 ₧
Urbarmacher Feuer-B. u.	45	—	1300,00 ₧
Köln. Hagel-Vers.-Ges.	0	18	280,00 ₧
Reisiger Feuer-Versich.	720	—	—
Magdeburger Allg. Vers.	25	—	495,00 ₧
do. Feuer-Vers.	205	180	—
do. Hagel-Vers.	0	—	310,00 ₧
do. Lebens-Vers.	20	—	—
do. Rückvers.-Ges.	36	36	680,00 ₧
Nordstern, Lebens-Vers.	90	92	2000,00 ₧
Preuss. Lebens-Vers.-Ges.	37,5	37,5	640,00 ₧
do. National-Vers.-G.	78	72	1160,00 ₧
Prodentia	42	42	—
Schlef. Feuer-Vers.-Vers.	90	95	1630,00 ₧
Thuringia	170	—	3755,00 ₧
Transatlant. Güter-B. u.	135	—	—
Union, Deutsche Hagel-B.	15	30	—
Victoria u. Berlin	147	—	3000,00 ₧
Westdeutsche Versich.-B.	75	—	1075,00 ₧



den Gedanke mit großer Befriedigung begrüßt worden, die Post in den Dienst derjenigen Bestrebungen zu stellen, welche darauf abzielen, den Sparfuss zu fördern und namentlich den niederen Volksklassen Gelegenheit zu geben, ihre Ersparnisse zweckmäßig zu verwenden. Weniger Zustimmung fand der von der Regierung eingeschlagene Weg. Man fürchtete, daß die Postspartassen in eine zu erdrückende Konkurrenz treten möchten gegenüber den sonstigen bei uns bestehenden Sparfassen, namentlich den Kommunalspartassen. Der Gegenstand wurde in Folge dessen schließlich abgelehnt; auch ich habe aus diesen Bedenken dagegen gestimmt. Es war aber damals durchaus nicht unsere Absicht, diese Frage von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Es ist schon damals der Gedanke angeregt worden, die Postspartassen in Verbindung zu setzen mit kommunalen und sonstigen wohlfundierten Sparfassen, und so in kurzer Zeit über ganz Deutschland ein Netz von Annahmestellen zu errichten, die das Geld allerdings schließlich den Sparfassen zuführen würden oder, um mich so auszudrücken, daß die Post Agent der einzelnen Sparfassen würde, natürlich gegen eine entsprechende Entschädigung für die ihr erwachsenden Bemühungen. Auf diese Weise würde der Zweck, der mit den Postspartassen erreicht werden sollte, ebenfalls erreicht werden. Bei einigen Eisenbahnverwaltungen in Preußen ist bereits eine ähnliche Einrichtung getroffen worden. Die Sparfassen in Hildesheim hat von der Eisenbahndirektion zu Hannover die Anfrage erhalten, ob sie bereit ist, eine Anzahl Stationen im Umkreise mit Sparmarken zu versehen, die an die Beamten und Arbeiter, welche Geld einlegen wollen, abgegeben werden können. Ich glaube, es ist dies im ganzen Gebiete der Eisenbahnen in Preußen der Fall. Der von mir vorgeschlagene Weg ist wohl nicht der einzig richtige und mögliche, aber ich habe heute nur das Wort ergriffen, um die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs des Reichspostamts auf diesen Gegenstand nochmals zu lenken, damit er die Angelegenheit von Neuem in Angriff nehme, aber in einer Weise, welche die Zustimmung des Reichstags finden kann. Ich möchte an den Vertreter des Reichspostamts die Anfrage richten, ob in einer der nächsten Sessions diese Frage uns beschäftigen wird.

Staatssekretär im Reichspostamt Dr. v. Stephan: Es ist ja Thatsache, daß der Entwurf, betreffend die Herstellung von Postspartassen, über welchen im preussischen Staatsrath einstimmig Bescheid erging und über den sich auch im Bundesrath die verbundenen Regierungen vollständig verständigt hatten, an dem Widerstande der Majorität des früheren Reichstages — bedauerlicherweise, darf ich hinzufügen — gescheitert ist. Wenn ein begünstigter anderer Entwurf Gegenstand der Beratung werden sollte, so müßte er natürlich auch die Zustimmung der verbundenen Regierungen finden. Ich habe aber bis jetzt nicht zum Abschluß gelangt. (Beifall.)

Abg. Böhm (nat.-lib.): Spricht den Wunsch aus, daß den Briefträgern gestattet werden möge, in der heißen Jahreszeit leinere Röcke zu tragen.

Abg. Dr. Baumbach (d.-fr.): Wir haben bei der Ungunst der parlamentarischen Situation und der Schwierigkeit der Etatsberatung darauf verzichtet, unsere früheren Anträge betreffend die Regelung der Anstellungsverhältnisse und Rangverhältnisse der Postbeamten, namentlich der Sekretäre und Assistenten, diesmal wieder einzubringen. Wir bleiben aber der Ansicht, daß es sowohl für die Beamten wie für die Verwaltung besser wäre, wenn an Stelle des jetzigen Zulassungssystems ein System der Altersstufen tritt. Es wird in die nächsten Moneten Gelegenheit sein, bei der Etatsberatung wieder auf diesen Gegenstand zurückzukommen.

Abg. Richter (fr.): Nicht bedauerlicher, sondern glücklicher Weise ist damals der Gegenstand gescheitert. Er war ein durchaus verfehlter. Der Widerstand gegen denselben war damals in allen Parteien des Reichstages vertreten, d. h. haben sämtliche sächsischen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei zu seinen Gegnern gehört. Es ist keineswegs anzunehmen, daß er nunmehr in Folge der veränderten Zusammensetzung des Reichstages eine Mehrheit finden werde. Etwas anderes ist, was der Abg. Struwwinkel finden wird. Etwas anderes ist, was der Abg. Struwwinkel finden wird. Etwas anderes ist, was der Abg. Struwwinkel finden wird.

Abg. Dr. Windthorst: Ein Postspartassengesetz nach Art des früheren Vorprojekts, würde auch diesmal den entscheidenden Widerstand des Reichstages finden. Der Gegenstand war durchaus centralistisch gedacht und hätte zur Folge gehabt, daß das Geld aus ganz Deutschland in Berlin zusammenströme. Schon jetzt prävaliert Berlin in Bezug auf Geldverhältnisse in ganz ungebührlicher Weise über die übrigen Glieder des Reiches und ich hoffe, daß die Regierung diesmal gründlicher als das vorige Mal erwägt, ob es zulässig ist, in dieser Art vorzugehen. Der vorige Gegenstand ist nicht „bedauerlicher“ Weise abgelehnt worden, sondern eisenbüchsenhaft.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Der Vorredner hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die verbundenen Regierungen die Vorlage, wenn sie kommen sollte, „gründlicher“ erwägen werden, als es das vorige Mal geschehen sei. Das läßt der Vermuthung Raum, daß die Vorlage nicht gründlich von den verbundenen Regierungen erwogen worden sei. Der ganze Hergang aber bei der Herstellung der Vorlage, die Vermessung an den Staatsrath, die Beratung mit sämtlichen beteiligten Ministern, so mit dem ganzen Staatsministerium, die Beantwortung im Ausschusse des Bundesraths und damit im Plenum desselben sollte doch, abgesehen von der Gewissenhaftigkeit der verbundenen Regierungen, von dem gründlichen Vorgehen derselben Zeugnis geben.

Abg. Graf Behr (Reichspartei): Wir stehen dem Postspartassengesetz gegenüber auf demselben Standpunkte wie früher. Wir können und nicht dafür erklären, weil dazu kein Bedürfnis vorliegt. Dem Gedanken des Abg. Struwwinkel indes stehe ich spärlicher gegenüber. In dessen Durchführung brauchen wir kein besonderes Gesetz. Ich habe früher bereits einen Entwurf vorgelegt, nach dem es möglich gewesen wäre, ohne jede Veränderung die Post bald diesen Zweck zu erfüllen. Hoffentlich wird die Post bald diesen Weg beschreiten, der besonders mit Rücksicht auf das Pfennigspartassengesetz geboten ist. So lange die Kommunalspartassen auf funktionen, brauchen wir keine Reichspartassen.

Abg. v. Bennigsen: In einer Reihe anderer europäischer Großstaaten haben die Postspartassen, wie schon bei der vorigen Vorlage mitgeteilt worden ist, glänzende Erfolge zu verzeichnen, und diese sind, wie ich vernommen habe, in den letzten Jahren noch erheblich gestiegen, also wäre es doch wohl erwünscht, wenn wir versuchen würden, diese wohlthätige Einrichtung auch bei uns einzuführen. Ich halte es für sehr wohl ausführbar, daß in einer neuen Vorlage diejenigen Theile vernichtet werden, welche das Scheitern der vorigen Vorlage verursacht haben. Es ist gar nicht nöthig, daß das sämtliche Geld in Deutschland hier nach Berlin abgeliefert wird, im Gegentheil, es ist schon im Staatsrath darauf hingewiesen worden, und man hat dort die Vorlage gegen die Einwendungen im Reichstage dadurch zu decken gesucht, daß man dafür Sorge tragen wollte, daß den Kommunalspartassen die den Postspartassen übergebenen Gelder nicht gänzlich entzogen würden, vielmehr sollte nach dem Ermessen jener, ein Theil des Geldes den Kommunalspartassen überwiesen werden. Diese Einschränkung ist allerdings mit einer verhältnismäßig geringen Mehrheit im Staatsrath abgelehnt worden. Ich bin heute noch der Meinung, daß, wenn es gelingt, diese bedenkliche Seite zu vermeiden, es durchaus nicht unmöglich ist, daß eine neue Vorlage Annahme findet.

Abg. von Helldorf (kon.): Erklärt, daß er der Idee der Postspartassen in keiner Weise entgegengetreten wolle, aber gegen verschiedene Punkte der früheren Vorlage Bedenken hege und insbesondere auch das Interesse der Kommunalspartassen gewahrt sehen wolle.

Abg. Richter: Man war es hier bisher nicht gewohnt, sich auf den Staatsrath zu berufen. (Hohes Lachen.) Als ich jetzt, im wenigstens kein Fall bekannt. Der Staatsrath ist eine preussische Einrichtung, und hier handelt es sich um eine Einrichtung, die namentlich vom hundertjährigen Standpunkt aus mit Recht, namentlich ansehnlich Preußens, als bedenklich bezeichnet werden ist. Der Staatsrath repräsentiert auch vornehmlich das Staatsbeamten, und ich meine, daß in Bezug auf die Frage der Postspartassen im Reichstag viel mehr Sachkenntnis vorhanden ist, als im Staatsrath. Daß die Einrichtung der Postspartassen im Ausland besteht, weiß ich wohl. Aber wir sollen doch diese Einrichtungen des Auslandes

nicht überschätzen, andere, um die das Ausland und beiseite, nicht unterschätzen. Kein Land hat so entwickelte Kommunalverhältnisse wie Deutschland, darauf können wir stolz sein. Sollte man in Frankreich und England eine solche Kommunalverwaltung, dann, davon bin ich überzeugt, wäre man nicht zu Postspartassen geschritten. Es ist nun eine Täuschung zu glauben, daß sich bei den Postspartassen eine Dezentralisation erzielen lasse. Man muß entweder die Centralisation mit ihren Nachtheilen nehmen, oder auf beides verzichten. Daß die Anlage des Geldes eine systematische und schablonehafte wird, darüber darf man sich nicht täuschen. Die kleinen Landwirthe würden bei den Postspartassen schlecht fortkommen; man würde das Geld in großen städtischen Hypotheken anlegen. Die Regierung des Abg. Graf Behr hat gezeigt, daß das damalige Postspartassengesetz nicht bloß in seiner Partei und im Centrum, welche damals geschlossen dagegen gestimmt haben, sondern auch innerhalb der anderen Parteien noch heute grundsätzliche Befürwortung findet. Etwas anderes wäre es, wenn die Post nur als Agent für die bestehenden Sparfassen dienen sollte, und ich glaube, daß Staatssekretär Stephan viel eher Zustimmung finden würde, wenn er anstatt auf der Grundlage der damaligen verfehlten Vorlage in der vom Abg. Struwwinkel bezeichneten Richtung nähere Erwägungen anstellen würde.

Abg. Dr. Windthorst: Anders wäre die Sache, wenn ein Gesetz und im Augenblick vorläge, das ist jetzt nicht der Fall. Der Herr Graf Behr hat sich nicht verstanden, wenn er glaubt, daß ich ein solches Gesetz wünsche. Ich wünsche es gar nicht, weil wir auf dem Prinzip der Kommunalverwaltung des Sparfassenwesens stehen bleiben müssen. Mit den Postspartassen würde sich das Geld aus allen Theilen des Reiches auf den Kopf konzentriren. Es hat aber keinen Zweck, einem Gesetz Widerspruch entgegenzusetzen, das ich noch gar nicht kenne. Es scheint mir überflüssig, als ob die ganze Anrede eine abgemachte Sache sei, als ob man die Regierung auffordern wolle, das Gesetz wieder vorzulegen.

Abg. Dr. v. Frege (kon.): Ich freue mich, daß ich hierin mit dem Abg. Richter übereinstimme. Die Postverwaltung hat es bei der vorigen Vorlage nicht vermocht, die schwerwiegenden Bedenken gegen die Postspartassen zu beseitigen. Besonders mit Rücksicht auf das hochentwickelte Kommunalparfassenwesen in Sachsen müßte ich eine neue Vorlage ablehnen. Die kleinen Landwirthe können überzeugt sein, daß wir ebenso für ihre Interessen eintreten wie der Abg. Richter. Jedenfalls wird der Bundesrath dieselben Bedenken gegen die Postspartassen haben und die Vorlage nicht wieder einbringen; wir würden sie ablehnen.

Abg. Dr. Struwwinkel: Wenn der Abg. Windthorst von der Ansicht ausgeht, von meiner Seite sei die Sache angeregt, um das Postspartassengesetz von Neuem vorlegen zu lassen, so ist er im Irrthum befangen. Ich habe deutlich zu erkennen gegeben, daß ich niemals das Ziel wünsche, möglichst viele Wege zu eröffnen für die kleinen Leute, ihre Ersparnisse bequemer, rascher und fruchtbarer Weise niederzulegen, daß ich aber, wenn ich dieses Ziel wünsche, mit dem damals eingeschlagenen Wege nicht einverstanden bin. Ich bin auch heute noch nicht damit einverstanden, habe aber erlaubt, auf einen anderen Weg hinzuweisen zu müssen, von dem ich glaube, daß er viel leichter zur Durchführung gelangen könnte, da bei ihm die prinzipiellen Bedenken, die damals gemacht worden sind, hinwegfallen. Mir ist es lediglich darum zu thun gewesen, diesen Weg anzudeuten, und ich hoffe, daß die Postverwaltung Anlaß nehmen wird, zu untersuchen, ob auf diesem Wege fortzuschreiten wäre. Der Herr Staatssekretär würde sich dadurch ein neues großes Verdienst um die Postverwaltung erwerben.

Der Spezialrat wird bemittelt. Beim Etat der Eisenbahnverwaltung weist Abg. Bornemann (Reichspartei) gegenüber den vorherigen Ausführungen des Abg. Windthorst darauf hin, daß bei den Reichseisenbahnen jetzt schon Bestimmungen bestehen, welche es den Beamten ermöglichen, mindestens alle 14 Tage am Gottesdienste theilzunehmen.

Der Spezialrat wird bemittelt, ebenso der Rest des Etats, die Staatskasse und das Anleihegesetz. Damit ist die Etatsberatung beendet.

Der Etat balancirt darnach in Einnahme und Ausgabe mit 745 207 436 Mk. Der durch die Anleihe aufzubringende Fehlbetrag verbleibt sich auf 45 732 485 Mk.

In der Gesamtbestimmung wird der Etat gegen die Bestimmungen der Sozialdemokraten angenommen.

Als zweiter Gegenstand steht auf der Tagesordnung die Wahl des Präsidiums für den Rest der Session.

Abg. Dr. Windthorst (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, daß alle mit mir einverstanden sind, daß wir die Geschäfte jetzt in möglichst kurzer Frist abmachen. Ich möchte deshalb vorschlagen, daß wir die Wahl des bestehenden Präsidiums per Affirmation ohne weiteres vornehmen und ich stelle den Antrag. (Beifall.)

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch; der Präsident von Wedell konstatirt, daß das bisherige Präsidium damit wiedergewählt sei.

Präsident v. Wedell-Wicoborst: Ich nehme meinerseits diese Wahl mit Dank für die mir dadurch zu Theil gewordene Ehre an. Ich werde mich ferner bemühen, die mir obliegenden Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, und indem ich Ihnen für die bisher mir so gütig gewährte Unterstützung den warmsten Dank sage, bitte ich, mir diese Unterstützung auch fernerhin zu gewähren.

Erster Vicepräsident Dr. Buhl: Ich nehme die Wahl dankend an und bitte um Ihre gütige Rücksicht bei der Leitung der Geschäfte.

Zweiter Vicepräsident Fehr. von Unruhe-Domst: Ich nehme die Wahl dankend an.

Nächste Sitzung: Dienstag, 19. April, Nachmittags 2 Uhr. (Rechnungsabrechnung der preussischen und hessischen Regierung bezüglich der Verhängung des kleinen Belagerungsstandes über Stettin und Ostend; Antrag Singer und Gen. betreffend Wiederanlegung der wegen Auflösung des vorigen Reichstages nicht zur Erledigung gelangten Rechnungsbildnisse.)

Schluß 1½ Uhr.

## Berliner Nachrichten.

Der Kaiser hatte in der Nacht zum Sonntag im Ganzen gut geschlafen. Das Allgemeinbefinden des Kaisers war am Sonntag zufriedenstellend, die Augenreizung jedoch an diesem Tage nicht wesentlich verändert. In der Nacht vom Sonntag zum Montag war der Schlaf befriedigend, auch das Allgemeinbefinden des Kaisers zufriedenstellend; die Augenreizung hat etwas nachgelassen. Heute Mittag nahm der Kaiser den Vortrag des Chefs des Civilcabinetts entgegen und hatte eine Besprechung mit dem Geheimen Hofrath Bork.

Die Kaiserin wohnte am Sonntag Vormittag dem Gottesdienste im Dome bei, auch der Großherzog und die Großherzogin und Prinz Ludwig Wilhelm von Baden, sowie der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden und der Prinz Alexander von Preußen waren anwesend. Am Nachmittage unternahm die Kaiserin eine Spazierfahrt.

Gestern Vormittag begaben sich der Kronprinz und die Kronprinzessin, wie alljährlich am 27. März, dem Todestage weiland des Prinzen Walbemar, nach Potsdam, wohin auch der Großherzog und die Prinzessin Irene von Hessen dieselben begleiteten. In Potsdam besuchten die höchsten Herrschaften die Gruft weiland des Prinzen Walbemar in der Friedenskirche und kehrten darauf nach Berlin zurück. Den Abend verlebte die königliche Familie in stiller Zurückgezogenheit. Die Kronprinzessin hatte mit den Prinzessinnen Töchter und der Prinzessin Christian zu Schleswig-Holstein am Abend dem Gottesdienste in der englischen Kapelle des Schlosses Monbijou beigewohnt.

Der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden werden morgen Vormittag 8 Uhr Berlin verlassen, um sich zunächst nach Amsterdam zu begeben, woselbst auch die Königin von Schweden anwesend ist. Von dort gedenken dieselben dann

später wieder nach Berlin zu kommen, da auch die beiden Kinder in Berlin zurückbleiben, Mittags besuchten der Kronprinz und die Kronprinzessin von Schweden das Magazin für Berliner Kunstgewerbe, Unter den Linden 54/55, und verweilten dort längere Zeit.

Die Einsegnung der beiden jüngsten Prinzessinnen, Töchter des Kronprinzen, wird am 5. April in der kleinen Hauskapelle des hiesigen königlichen Palais stattfinden.

Der Fürst und die Fürstin von Hohenzollern sind heute in Bissabon eingetroffen.

Von den außerordentlichen Abgesandten fremder Souveräne, welche zum Geburtstage des Kaisers hier eingetroffen waren, haben der niederländische außerordentliche Gesandte, General-Adjutant G. R. Bessop und der serbische Minister a. D. General Horvatschik am Sonnabend, der spanische Abgesandte General Cordoba und der portugiesische General Sa Carneiro gestern Berlin wieder verlassen. Der Abgesandte des Papstes Monsignore Galimberti ist heute von hier wieder abgereist. Am Sonnabend wurde derselbe noch von der Großherzogin von Baden und gestern Nachmittag von der Kaiserin im königlichen Palais empfangen.

Die in verschiedenen Blättern verbreiteten Nachrichten über die Person des Nachfolgers des Herrn von Reudell in Rom dürften jeder Begründung entbehren; namentlich darf es als ausgeschlossen gelten, daß Herr v. Radowitz der zur Zeit in Konstantinopel kaum entbehrlich wäre, diesen Posten mit dem in Rom verlaufenden sollte. Was das Gesuch des Herrn von Reudell um Dispositionsstellung betrifft, so war dasselbe, wie mit Bestimmtheit verlautet, lediglich auf persönliche Verhältnisse des Botschafters gestützt.

Der Bischof Kopp hat sich von hier wieder nach Fulda begeben.

Der Ober-Regierungsrath v. Frank in Schleswig ist zum Regierungspräsidenten von Hohenzollern ernannt worden.

Ein aus Ballana eingetroffenes Telegramm meldet, daß gestern die Frau von Stauffenberg dablei gestorben ist. Dieselbe war lungenleidend und hatte sich auf den Rath der kaiserlichen Anfangs Februar nach Ballana begeben, wohin ihr der Abgesandte Freiherr von Stauffenberg Ende Februar gefolgt war. Seit etwa 14 Tagen liegen die Nachrichten bereits das Schlimmste befürchtend, doch hoffte man, die Kranke noch nach der Heimath zurückbringen zu können. Frau von Stauffenberg war eine geborene Gräfin von Egmont-Geltern.

Die Post von dem am 15. Februar von Sines abgegangenen Reichspostdampfer ist heute früh in München eingetroffen und gelangt für Berlin am 29. März früh zur Ausgabe.

Die Rettungsstation Treptower-Deep telegraphirt: Am 27. März von dem deutschen Schooner „Leo“, Kapitän Jitz, gestrandet unweit Treptower-Deep, 3 Personen gerettet durch den Rettungsapparat. Wind: Nord-West. hohe See.

Der Vorstand der Gesellschaft für deutsche Kolonisation hat in seiner Sitzung vom 24. d. M. unter Anderem auch den nachstehenden wichtigen Beschluß: Der Vorstand der Gesellschaft für deutsche Kolonisation erklärt es als ein Ziel seiner Bestrebungen, eine organische Vereinigung aller oder möglichst vieler kolonialer Körperschaften Deutschlands, soweit dies die praktischen Bestrebungen einer zielbewußten deutschen Kolonialbewegung nicht hemmt, anzubahnen zu helfen.

Das Schicksal der unglücklichen Gemahlin des Herzogs von Cumberland findet allgemeine Theilnahme. Die Mittheilung, daß die geistlich-katholische Herzogin nunmehr einer Heilanstalt übergeben werden mußte, hat in weiteren Kreisen Ueberausung hervorgerufen, während in eingeweihten Kreisen über den traurigen Zustand der Herzogin schon lange kein Zweifel mehr bestand. Herzogin Thyra, von sechs Kindern des Königs Christian von Dänemark die jüngste Tochter, steht gegenwärtig im Alter von 34 Jahren; ihre Schwestern sind bekanntlich an den Kaiser von Rußland und an den Prinzen von Wales verheiratet. Die Herzogin galt, so schreibt die „N. Fr. Pr.“, als eine Schönheit ersten Ranges, als sie vor sieben Jahren dem Herzog von Cumberland die Hand zum Eheband reichte; sie bietet jedoch jetzt ein Bild trauriger Zerrüttung. Obgleich durch bekannte schicksalvolle Ereignisse im Laufe Cumberland wahres und ungetrübtes Glück wohl niemals zu finden war, da hier die Stimmung stets zwischen schmerzlicher Verzweiflung und hoffnungsvollen Aufregungen schwelte, so war doch die Ehe der Herzogin anfangs eine sehr glückliche zu nennen. Die Gatten hingen mit zärtlicher Liebe aneinander, der reiche Kinderreize, welche der Ehe entsproß, vermehrte diese Zuneigung mit jedem Jahre. Es wird allgemein behauptet, daß die erste trübe Veränderung im Befinden der Herzogin auf ihre stete Beschäftigung mit dem nervösen Zustande des Herzogs zurückzuführen sei; doch wird uns dies von der verantwortlichen Seite als irrig bezeichnet. Der Herzog steht wohl zeitweilig unter dem Einflusse körperlich unerbölicher Zustände, doch hindert ihn dies keineswegs, sich mit politischen Bläuen zu beschäftigen, auf die Jagd zu gehen und bei offiziellen Dines zu erscheinen. Das Leiden der Herzogin schreibt sich auf ihrer garbesessenen Natur her, auf welche das kleinste unangenehme Ereigniß tief verstimmt wirkt; auch scheint es, daß die körperliche Widerstandskraft, welche sie ihren mühevollen Sorgen und Schmerzen entgegenzusetzen konnte, nicht stark genug war, um sie vor zunehmender Schwäche zu bewahren. Man berichtet hervorragende Frauenärzte, unter ihnen Professor Gustav Braun, welche der Herzogin die sorgsamste Pflege angedeihen ließen, und als das zuerst physische Leiden sich in ein geistiges verwandelte und die Herzogin einem traurigen Trübniß verfiel, wurden ärztliche Autoritäten zu Rathe gezogen. Eine eintägliche Krise, welche die Ueberführung der Herzogin in eine Heilanstalt notwendig machte, trat schon in Gmund ein, wo kürzlich Herzogin Thyra in der Nacht durch das heftige Schreien ihres jüngsten anerbaltbigen Kindes in große Unruhe versetzt wurde. Es wurde ein Arzt aus Gmund geholt, welcher den Zustand des Kindes, eine gastrische Störung, für unbedenklich erklärte; als aber das Weinen des Kindes sich nicht legen wollte, machte eine Dienerin des Schlosses dem Kinde einen Senfteig-Klumpen, welcher jedoch das Uebel verschlimmerte. Dieser an sich unerhebliche Vorfall veranlaßte die Herzogin abermals in eine solche Schwermuth, daß nichts sie davon befreien konnte; sie lagte sich fortwährend an das Leiden des Kindes, welches übrigens bald darauf genas, gefährt zu haben. Die Aerzte wurden darüber einig, daß die Herzogin aus dem einsamen Bergschloß in Gmund, dessen Stille und Verlassenheit ihren Geist nur noch mehr verdunkelte, in andere Umgebung gebracht werden müsse. Man bewog die Staute, trotzdem sie das winterliche Gmund nur ungern verließ, da sie sich hier ganz ihrer Melancholie hingeben konnte, wieder einmal nach Wien zu kommen und die freundliche Villa in Penzing zu beziehen. Ihre Familie, der Herzog von Cumberland und ihre Schwiegermutter, die Königin von Hannover, machten mit der Herzogin häufige Ausfahrten über die Ringstraße, und Niemand ahnte, wenn man das bekannte prunkvolle Gefährt der hannoverschen Familie mit der in hochrother Livree und alterthümlichen Verzierungen prabadrenden Dienerschaft beobachtete, daß hier eine schwerkranke Prinzessin durch die Stadt geführt werde. Mit Herrn Professor Gustav Braun theilte sich eine Diakonissin von hohem Adel, Schwester Elisabeth, in die Pflege der kranken Herzogin, und Beide brachten sie auch vorigen Dienstag früh in die Heilanstalt des Professors Reidesdorf nach Oberdöbling, nachdem ein letztes Konsilium diese Maßregel als unausweichlich bezeichnet hatte. In der Equipage, welche die Herzogin nach Döbling führte, befanden sich bloß Professor Braun und Schwester Elisabeth; die Herzogin ertrug keine Einweibung, als man ihr sagte, sie werde in ein ruhiges, stilles Heim geführt werden, wo sie, um vollständig zu genesen, durch einige Zeit Aufenthalt nehmen müsse. Man glaubt in der That, daß einige Monate völliger Abgeschlossenheit hinreichen



Sierau Beistalt